

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Reiss Strasse Nr. 1/4, und durch Postanstalten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessanteste Beiträge für die empfindliche Lohnarbeit oder deren Raum 80 Pf. Zusätzlicher Inhalt 40 Pf. Doppelhefte außer Zeit 1 M. Preis für Arbeitslose 15 Pf. Zusätzlicher Inhalt 10 Pf. Vereins- und Familienabonnements 15 Pf. Preis für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr vor der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 12.

Breslau, Mittwoch, den 15. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Brennische Landtagswahl am 14. Mai!

In einer Besprechung, die der Präsident des Abgeordnetenhauses mit den Vorsitzenden der bürgerlichen Fraktionen des Dreiklassenhauses abhielt, wurde für die Staatsberatung ein Plan festgesetzt, der eine ziemlich Beschleunigung der Beratungen voraussetzt.

Es ist nämlich bereits der 14. Mai als Termin für die Urwahlen der Wahlmänner zu den Neuwahlen der Landtagsabgeordneten in Aussicht genommen. Durch den frühen Sessionschluss, der die Folge dieser zeitigen Vornahme der Wahlen ist, fällt die Steuernovelle völlig unter den Tisch. Man will in den maßgebenden preussischen Kreisen, daß bis zum Regierungsjubiläum des Kaisers, das am 15. Juni stattfindet, die Landtagswahl schon vorbei ist.

Die Abgeordnetenwahlen sollen am 2. Juni stattfinden.

Parteienossen in Stadt und Land! Diese Nachricht ist für Euch das Signal zu neuen Kämpfen! Den siegreichen Reichstagswahlen, den erfolgreichen Gemeindevahlen muß ein fester Stiel auf die preussischen Junterburgen folgen. Junter und Pfaffen verkürzen dem Volke das Staatsbürgerrecht — die Begeisterung und Werbekraft für unsere Ideen aber können sie uns nicht rauben.

Deshalb gehen wir mit doppeltem Eifer in den Kampf um Preußen.

Sozialpolitik im Reichstag.

Man hat den Ruhm der deutschen Sozialpolitik in alle Welt verkündet. Umfangreiche Bücher, komplizierte Statistiken, graphische Darstellungen, Pyramiden und Ovale mit Goldfarbe gestrichen, sollten Zeugnis ablegen. Die Debatte, die am Montag begonnen hat und wohl den größten Teil der Woche beanspruchen mag, wird indes aufs neue beweisen, was keine statistische Arbeit widerlegen kann: daß die sozialpolitische Gesetzgebung nach langen Anfängen es längst aufgegeben hat, den dringenden Forderungen der Arbeiterklasse und der Volkswirtschaft zu entsprechen. Bei der Generaldebatte des Staats des Innern wird dieser Beweis geführt werden, zu dem gestern schon Genosse Richard Fischer überwältigendes Material beibrachte, und nicht minder überzeugend in derselben Richtung war die Erörterung des Gesetzentwurfs über die Jugendgerichte, die ein passendes Vorpiel der sozialpolitischen Woche bilden.

Nach der Begründung des Entwurfs durch den Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco, sagte der Redner unserer Fraktion, Genosse Stadthagen, die schweren Bedenken zusammen, die diese Vorlage aufzwingt. Seine scharfe und präzise Kritik wandte sich sowohl gegen zahlreiche Bestimmungen, die der Entwurf vorzieht, als auch gegen den Mangel an absolut notwendigen, fast selbstverständlichen Maßnahmen, von denen die Regierung nichts weiß oder nichts wissen will. Auch die Redner des Zentrums, der Polen und der beiden liberalen Fraktionen, die Herren Dr. Pfleger, Pospietz, und die Strafrechtslehrer Professor v. Caller und Professor v. List mußten sich zu einem erheblichen Teil diese Kritik zu eigen machen, während hingegen der konservative Redner höchstbefriedigt schien. Herr Giese empfand sogar darüber besondere Genugtuung, daß nach dem Entwurf die Frauen in einer Angelegenheit, in der sie vielleicht am ehesten zuständig sind, nicht zugezogen werden sollen. Derselben Meinung war auch der jüngste Reichsparteiler, Herr Warmuth.

Die Kommission, an die der Entwurf ging, wird hoffentlich die wichtige Reform ernsthaft vorzubereiten wissen.

Die absolut negativen Arbeiten des Reichsamts, daß ein Reichsamt für Sozialpolitik sein sollte, hatte Genosse Richard Fischer zu kennzeichnen. Diese unerlässliche Kritik, die ein System sozialpolitischer Aufbau und Ausbau entwickelt, ist wirklich positive Arbeit, im Gegensatz zu der Zurückhaltung, wie sie von der herrschenden Klasse grumbfächtig und praktisch geübt wird. Und unser Redner war in seiner Kritik unerbittlich, die er sowohl dem gewollten Nichtstun der Regierung wie der gewollten Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien gegenüberstellte. Richard Fischer begnügte sich aber nicht mit der schonungslosen Charakteristik des Elends, das in unzähligen Tatsachen der Gesetzgebung und der Verwaltung der letzten Jahre zum Ausdruck kommt. Er führte sie zurück auf ihre wirklichen Ursachen, die in der Natur der Regierung der Parteien und des Klassenkampfes liegen. Die Schärfe seiner Beweisführung und die temperamentvolle Beredsamkeit, die ihn auszeichnet, zwangen das Haus, das zu Beginn der Verhandlungen lieber unruhig sein wollte, zu gespanntester

Aufmerksamkeit und brachten seine Kritik zu größter Wirkung. Der Staatssekretär Dr. Delbrück, der offenbar das Bedürfnis hatte, diese Wirkung nach zu verfolgen, machte einige der üblichen Redensarten über die Verwendung angelich vertraulicher Aktenstücke, Redensarten, die schon deshalb ganz bedeutungslos sind, weil die Hauptsache doch auf jeden Fall der nicht abzuleugnende Inhalt solcher höchst charakteristischen Dokumente bleibt. Genosse Richard Fischer aber gab sofort auf diese von Moral kriefernde Ausrede die einzig richtige Antwort: eine Reklamation, die Geheimfonds für Spitzelerei unterhält, hat nicht das Recht, derartige allzu bequeme Ausflüchte zu brauchen. Herr Delbrück, der ob seiner Eitelkeit eben noch sehr stolz gewesen war, schrak vollkommen und verlegte zurück, ohne irgendeine Antwort finden zu können. — Die Debatte nimmt heute, Dienstag, ihren Fortgang.

Eine Wahlrechtsdebatte im Dreiklassenhaus.

Die Fortsetzung der Staatsdebatte des Dreiklassenhauses am Montag brachte auch ein Stück Wahlrechtsdebatte und das war eigentlich die richtige Begleitung zu der Mitteilung, die im Laufe der Sitzung bekannt wurde, daß die Urwahlen für die neuen Dreiklassenmänner vielleicht schon am 14. Mai stattfinden werden, damit das pp. Volk rechtzeitig vor dem Regierungsjubiläum mit seinem Wahlvermögen zu Ende sei. Der würdige Greis von der ersten Bank der Freikonservativen, gewesener Präsident der Verhandlung und vermutlichlich Bezieher einer unabhängigen Pension, Gütschtzer und fleißiger, wohlorganisierter Mitarbeiter der Scherlpreffe, jener von der Milde des Alters umschleierte Arbeiterfreund Octavio von Zedlitz und Neutrich geruhte in freierherrlicher Gnade, neben allerlei Scharfmacherei gegen Polen und Sozialdemokraten, so, daß das Zustand nur kriegerisch sei, weil es Hoffnungen auf einen Militärstreik der Sozialdemokraten, sehe, was Bedrück nach der Antikindigung Beldis und Volkmarz noch zu behaupten wagt — auch auf das Wahlrecht zu sprechen zu kommen. Das elendeste aller Wahlsysteme ist nach ihm leider nicht mehr in seiner vollen Schönheit erhalten. Na ja, die verfluchte Drittteilung in den Urwahlbezirken, die der stärksten Partei des Landes sechs Mandate unter 143 gebracht hat! Und so erwartet dem Octavio von seiner künftigen Wahlreform, daß sie die bewährten Grundlagen von anno 1819 wieder in ihrer vollen Festigkeit herstelle, was er dann Sicherung der Schiedsrichterrolle des Mittelstandes zwischen reich und arm nennt. Des schmählich entrechteten Mittelstandes!...

Drei Minister traten nach der Zedlitzrede, die auch dem Hammer darüber gewidmet war, daß man die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge nicht verbieten kann, auf. Herr Lenke polemisierte gegen Friedbergs Staatskritik, die Zurschläge müßten bleiben, schon wegen der neu an den Staat herantretenden Aufgaben, insbesondere Entlastung der Kommunen. Daran Schorlemmer verbat sich die Auslieferung des Herrn v. Zedlitz zu größerer Anwendung der Polenenteignung und es scheint nach Schorlemmers Worten fast, als ob ihm schon nach der ersten Anwendung des Enteignungsgesetzes vor den Folgen bange würde. Herr Breitenbach schloß schließlich, der Eifenbahn-gewaltige, hielt ganz treffend dem nationalliberalen Vorwurf über die Plusmacherei der Eifenbahnen die Freude dieser Leute über die Eifenbahnüberschüsse entgegen.

Der Pole Seyda stimmte der Jesuitenjehnsucht Prajomas bei und ergänzte sie durch die Forderung nach der Befreiung des Erzbischofs Gnesen. Es folgte die Staatsrede des Fortschrittlers Wiemer, aus der das Bedauern darüber hervorzuhören ist, daß die zu Ende gehende Gesetzgebungsperiode keine Wahlreform gebracht hat. Wiemer griff auch die Regierung wegen ihrer Nichtbeteiligung an der Beratung des fortschrittlichen Wahlrechtsantrages an und forderte ein Notgesetz, das wenigstens die geheime und direkte Wahl einführt. Herr von Dalwitz, den Wiemer zum Minister des inneren Stillstands ernannt hatte, antwortete, daß, von dem Notgesetz keine Rede sein könne, was bei den Junkern inniges Behagen auslöste, und die Nichtbeteiligung an der Wahlrechtsdebatte „begründete“ er einfach damit, daß man ja wisse, daß für die Regierung die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen undiskutierbar sei. Der freundliche Hinweis des Ministers auf die Ablehnung des Wahlrechtsantrages zeigt übrigens wieder mal den Effekt der Zentrumstaktik!

Ob dem preussischen Volk diese Antwort genügt, wird es ja bald genug zu zeigen Gelegenheit haben.

Politische Ueberflucht.

Sie kennt ihre Leute.

Ueber die parlamentarische Zuverlässigkeit der nationalliberalen Reichstagsfraktion fällt die nationalliberale Berliner „Nationalzeitung“ ein geradezu vernichtendes Urteil, indem sie die Annahme einer Erbanfallsteuer im Reichstags-

für durchaus unwahrscheinlich erklärt und ihre Auffassung folgendermaßen begründet:

„Es liegt ja allerdings die Möglichkeit vor, daß die Mehrheitsparteien, die dem Erbanfallsteuerantrage zur Annahme verholfen haben... für den Fall, daß die Vorlage der Regierung ihnen unannehmbar erscheint, und die Kompromißverhandlungen scheitern, auf den Antrag zurückkommt, und tatsächlich, auch gegen den Willen der Regierung, der erweiterten Steuer auf das Beszenderterbe zustimmt. Dann käme wiederum das Zentrum in die glückliche Lage, das Jünglein an der Waage zu sein, denn die Hoffnung, die Annahme auch ohne das Zentrum, lediglich durch die knappe Mehrheit der Linken, durchzuführen, wäre sträflicher Optimismus. Diese kleine Mehrheit würde sich schließlich „zufällig“ zu einer kleinen Minderheit werden.“

Der „Zufall“, auf den die „Nationalzeitung“ da anspielt, kann doch nur darin bestehen, daß sich im entscheidenden Augenblick ein paar Nationalliberale in die Büsche schlagen. Es war ja auch am 20. Mai v. J. im Abgeordnetenhause, wo sich die Mehrheit für das direkte, geheime Wahlrecht — natürlich auch ganz „zufällig“ — in eine Minderheit verwandelte, da neben 33 Zentrums-Mitgliedern auch 13 Nationalliberale „zufällig“ fehlten.

Uebrigens ist, der Erbanfallsteuer noch vor der Entscheidung im Reichstags das Genid zu brechen und eine schwindelhafte „Erbzunachsteuer“ als angebliche allgemeine Besitzsteuer an ihrer Stelle unterzuschleichen. Die „Nationalzeitung“ fällt mit ihrem Artikel denjenigen Regierungen in den Rücken, die sich im Bundesrat, entsprechend dem Reichstagsbeschluss vom 21. Mai, für die Wiedererubringung der Erbanfallsteuer einsetzen.

Hoffentlich wird nach dem Geschehens des nationalliberalen Ablasses wenigstens der Schwindel aus der offiziellen Presse verschwinden, die Unzuverlässigkeit der Sozialdemokraten hindere die Regierungen an der Wiedereinführung der Erbanfallsteuer. Die Sozialdemokratie wird bis zum Schluß der Komödie dafür kämpfen, daß einblick mit der Reichsbesteuerung der bestehenden Klassen ernst gemacht wird, und wenn man die versprochene allgemeine Besitzsteuer durch den leeren Schein einer solchen ersetzen will, so werden die Schuldigen dieses Betruges ihre Spuren bergedäch zu betrieffen suchen.

Wer ist der richtige Abgeordnete?

Die Reichstagswahl im Kreise Schwetzk hat vorige Woche den Reichstag sehr eingehend beschäftigt und es ist von keiner Partei bestritten worden, daß bei der Wahl im Januar 1912 nicht der Landrat v. Salem, sondern der Pole v. Sakh-Jaworski gewählt war. v. Salem war zu Unrecht zum Abgeordneten proklamiert worden. Er hat dann Anfangs Dezember sein Mandat niedergelegt und ist mittlerweile wiedergewählt worden, allerdings auf eine Weise, die abermals zur Kassierung des Mandates führen wird. Nachdem im Plenum des Reichstags allseits anerkannt worden war, daß eigentlich Herr v. Sakh-Jaworski gewählt ist, hat dieser dem Wahlkommissar in Schwetzk mitgeteilt, daß er die Wahl annehme und darum, ersuche, die zuständige Stelle hiervon zu benachrichtigen. Man muß nun abwarten, welche Antwort der Wahlkommissar erteilen wird. Von sozialdemokratischer Seite ist in der Wahlprüfungskommission der Standpunkt vertreten worden, daß Herr v. Sakh-Jaworski einfach als gewählter Abgeordneter einzuberufen sei. Die Mehrheit der Kommission war darüber geteilter Meinung, und so wurde über diese Frage eine endgültige Entscheidung nicht herbeigeführt. Zweifellos steht die Sache so: Herr v. Sakh-Jaworski wurde am 12. Januar 1912 gewählt, die Aberaumung einer Sitzwahl erfolgte zu Unrecht, genau so zu Unrecht ist kann aber auch die Nachwahl am 30. Dezember 1912 vorgenommen worden. Das Mandat steht unzweifelhaft dem Herrn v. Sakh-Jaworski zu. Die Wahlprüfungskommission dürfte sich mit diesem eigenartigen Fall bereits in den nächsten Tagen wieder eingehend beschäftigen.

Gedämpfte Polenpolitik.

Mit einer neuen Sensationsnachricht, diesmal einer negativen, geht die „Post“ vor, indem sie meldet:

„Das Parzellierungsgesetz für die Ostmark, das im Herbst vergangenen Jahres die Unterschrift des Königs gefunden hat, und das nach wiederholter Erklärung des gegenwärtigen Landwirtschaftsministeriums unverzüglich nach Fertigstellung dem Landtage vorgelegt werden sollte, wird wahrscheinlich doch nicht mehr in der gegenwärtigen Session eingebracht werden. Als Grund hierfür wird als maßgebender Stelle geltend gemacht, daß das Abgeordnetenhause noch so reichlich mit Arbeitsstoff versehen sei, daß an eine Erledigung des Parzellierungsgesetzes im gegenwärtigen Tagungsabschnitt nicht mehr gedacht werden könne. Ferner sei auch die auswärtsige Lage ausgesetzt nicht eine derartige, daß es angezeigt erscheinen könne, mit einem neuen Kampfgesetz gegen die Polen an die Defensivität zu treten.“

Die „Post“, die die Vernichtung der Polen nicht weniger eifrig betreibt, als die der Sozialdemokraten, ist natürlich darüber sehr unzufrieden. Sie droht:

„Ob dieses ewige Hin und Her in ihrer Absichten und Erwägungen der Regierungsonderliche Vorzüge und ein...

Truppen ritten die Straße zu gestreuen und machten einen Bajonettangriff, als die beiden Abgeordneten in einem Wagen versuchten, auf den Platz zu bringen. Das Pferd des Wagens wurde durch einen Bajonettstich verwundet, der Reiter vom Sattel gerissen. Es folgte ein regelrechter Bajonettangriff, bei dem viele verwundet wurden; als die tausendköpfige Menge nicht wich, wurde das Signal zum Feuer gegeben: die Leute standen wie eine Mauer. Die Polizei hatte nur die Wahl zwischen der Anordnung eines furchtbaren Blutbades oder vernünftiger Nachgeben. Sie wählte das letztere und zog sich unter dem Jubel der Menge zurück. Dieser mannhafte Beherrschtheit der Polizei, die zwar spät, aber doch nicht zu spät an den Tag gelegt wurde, ist es zu danken, daß nur leichte Verwundungen zu beklagen sind.

In Corvara dagegen kostete die böllige Kopplösigkeit und große Rohheit der beiden künftigen Carabiniere einem verdienten Gelehrten das Leben. Ein Genosse Desjardins wurde während eines Festes verhaftet, angeblich, um seine Identität festzustellen. Als die an dem Fest teilnehmenden Arbeiter, nicht mehr als zwanzig, einschleichen die Frauen, protestieren, gab ein Carabiniere ohne vorherige Warnung Feuer und streckte den Parteigenossen Curti tot nieder. Davon, daß die Carabiniere bedroht gewesen wären, kann nicht die Rede sein. Die Leiche Curtis lag dreißig Schritte von den Carabiniern entfernt. Der Ermordete, der 30 Jahre alt war, hinterließ eine schwangere Frau und vier kleine Kinder.

Noch viel verhängnisvoller war die „Waffenat“ von Rocca Gera. In diesem kleinen Orte, einem früheren Feudalgut der Familie Doria, herrschte seit langer Zeit Unzufriedenheit mit der Stadtverwaltung, der man vorwarf, die Gemeindefiscaria ganz auf die Armen abzuwälzen. Auch hatte die Verbesserung der Abhebung des Gemeindefiscariat verlangt, weil er seine Pflicht größtenteils vernachlässigte. Die Erklärung gegen den Arzt war so groß, daß die staatliche Behörde dem Arzt geraten hatte sofort auf Urlaub zu gehen. Nach einer Verabredung gegen die Stadtverwaltung hat sich nun am 7. d. Mts. die Bevölkerung vor dem Rathaus gesammelt. Die Polizisten trafen sie von dort zu verhaften, drängten sie aber einer Straße zu, die durch einen Truppenkordon versperrt war, nach schändlichen Maßnahmen bei der Ueberwachung öffentlicher Versammlungen in Italien keineswegs selten ist. Der den Kordon kommandierende Leutnant Casati verlor den Kopf, als er die Menge herbeistürzen sah und gab Ordre zum Feuern. Auf dem Platz fielen 4 Tote und 10 Verwundete. Von diesen ist einer bereits gestorben, und 3 liegen im Sterben. Leicht verwundet wurden außerdem einige 20 Personen, denen es zu entkommen gelang. Unter den Toten befindet sich eine Frau, Mutter von 4 Kindern, ferner ein fünfjähriger Knabe. An'angs hieß es, daß auch 2 Soldaten durch Schusswaffen verletzt seien. Das bestätigt sich in der Tat: die Kugeln stammten aber aus den Dienstreivolvern der Carabiniere. Die ganze Angelegenheit kennzeichnet sich als eine feige Schandtat, für die das Verhalten der aufgestellten aber unbefähigten Menge keinerlei Entschuldigung darstellt. Meistens hatte die Bevölkerung alle legalen Mittel versucht, um sich von der sie bedrückenden Gemeindefiscaria und dem verhassten Gemeindefiscar zu befreien. Der Versuch, von dem die Demonstration organisiert war, ist der aut monarchische Verein Sabotage! Die Polizei war noch nicht einmal durch eine rote Fahne informiert worden, sondern lediglich durch die italienische Exilpresse! Als ob des Unheils noch nicht genug wäre, hat man noch über 40 Verhaftungen vorgenommen. In ganz Italien finden Protestversammlungen gegen die russische Gewalttat und gegen die Straffreiheit der Schuldigen statt. Die bilgerische Presse sucht die ganze Sache, über die sie zunächst tendenziöse Berichte gebracht hat, totzuschweigen.

Aus Portugal. In Coimbra kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Manifestanten einer reaktionären vorläufigen Gruppe und der republikanischen Garde. Da die Manifestanten auf die wiederholte Aufforderung des führenden Offiziers der republikanischen Garde nicht auseinanderzugehen, feuerte die Garde dreimal hintereinander in den Volkshufen hinein scharfe Schüsse ab. Eine große Anzahl von Personen wurden mehr oder minder schwer verwundet.

Wegen Spionage verurteilt. Vor einem Jahre wurde auf der Bahnhofsstation Alexandrows unter dem Verdacht der Spionage ein gewisser Emil Bellacini verhaftet, der preussischer Staatsbürger ist. Man fand bei ihm belastende Briefe. Das Kreisgericht in Warschau verurteilte ihn jetzt zu sechs Jahren Zwangsarbeit.

Schnel nach der Kuste. Die mongolische Mission wünscht die Errichtung einer ständigen Gesandtschaft in Petersburg vorzubereiten, um dadurch die Anerkennung der „Unabhängigkeit“ der Mongolei durch andere Mächte zu beschleunigen.

Glückliches Oesterreich. Jetzt wird auch Oesterreich mit einer Streichholzsteuer beglückt werden. Der österreichische Finanzminister Jaksch kündigte gestern diese Steuer im Budgetauschuss des Reichsrates an.

Wahlen in Indien. Die Wahlen zum Rat für die Gesetzesvorläge in Bengalen ergaben einen bemerkenswerten Sieg der Gemäßigten über die Nationalisten, von denen nur einer gewählt wurde.

Schweres Durcheinander am Balkan.

Rumänien und die Türkei.

Die Großmächte wollen versuchen, auf die Türkei einen Druck auszuüben, damit sie die Friedensbedingungen der Balkan-Verbindungen anerkenne und Adrianopel opfere. Zu diesem Zweck ist in London eine Kollektivnote ausgearbeitet worden, auf deren einstimmige Annahme durch die Kabinette — nach einer Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — zu rechnen ist. Das offizielle Blatt sagt hierzu: „Die Einmütigkeit, zu der die Großmächte über Form und Inhalt dieses gemeinsamen Schrittes gelangt sind, möge eine gute Vorbedeutung dafür sein, daß auch in den noch offen stehenden Fragen sich eine europäische Uebereinstimmung wird erzielen lassen.“

Die offiziellen Schönfärber übersetzen dabei absichtlich, daß eine dieser noch offen stehenden Fragen eben jetzt die Einigkeit der Mächte in hohem Maße gefährdet und ihrer Aktion jede Kraft nimmt. Das ist die rumänisch-bulgarische Frage, die sich zum offenen Konflikt aufwühlt. In dem Augenblick, in dem die Türkei zu überlegen haben, ob sie Frieden um jeden Preis schließen müssen oder ob sie den Krieg mit einiger Aussicht auf Erfolg weiterführen können. Wenn bei den Türken die Vorstellung entsteht, daß im Rücken ihrer bulgarischen Befieger ein starker, zum Schlagen bereiter Feind steht, dann werden sie schwerlich Zug haben, sich den ihnen schmerzlichen Forderungen der Großmächte zu fügen: sie werden sich vielmehr sagen, daß

in der Irregulären Haltung Rumäniens gegenüber Bulgarien für sie die letzte Chance im Spiele um ihre europäische Existenz liegt, und sie werden sich beeilen, diese Chance mit dem Mut von Leuten, die nichts mehr zu verlieren haben, auszunützen. Wie vor dem die österreichischen Kriegserklärungen gegen Serbien, so bedeutet das kriegerische Auftreten Rumäniens gegen Bulgarien jetzt eine Stärkung der türkischen Stellung. Und eine solche Stärkung droht in demselben Augenblick, in dem sich die Großmächte geeinigt haben, um der Türkei ihre Schwäche und die Notwendigkeit des Nachgebens fühlbar zu machen.

Näme es zum Wiederausbruch des Krieges, weil die Türkei in Unnachgiebigkeit verharrt, so wäre eine der stärksten Ursachen für eine solche Wendung in der Haltung Rumäniens zu suchen, sowie in der Haltung derjenigen Mächte, die Rumänien den Rücken stärken. Und die Sorge ist nicht abzuweisen, daß mit dem Mißerfolg der neuesten Aktion der Großmächte ihre Einigkeit zu Brüche käme, daß man die Schuldigen des neuen Krieges suchen würde, nachdem die Mittel zur Erhaltung des Friedens versagt haben. Ob Rumänien hängt es also heute zum großen Teil ab, ob die Balkanwirren friedlich beendet werden oder ob sie wieder auflieben und vielleicht ganz Europa in ihre Wirbel ziehen. Wer es jetzt mit Rumänien hält, erweist der Sache des Friedens einen schlechten Dienst.

Die Balkan-Konferenz am Montag ist wieder im Londoner Auswärtigen Amt zusammengetreten. Die endgültige Fassung der nach Konstantinopel zu richtenden Note der Großmächte wird erst Dienstag festgesetzt, angeblich weil England eine wichtige Ergänzung vorschlägt, die die Entscheidungen der Türkei in einer dem Frieden günstigen Weise beeinflussen könnte.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, verlängern die Delegierten der Balkanstaaten ihren Aufenthalt in London mit Rücksicht auf die Großmächte, und in der Hoffnung, daß die Note der Mächte in Konstantinopel Früchte bringen und die Haltung der Türkei in einigen Tagen ändern werde. Anderenfalls wären die Delegierten, wie sie wieder einmal sagen, gezwungen, London zu verlassen, und die Fettseligkeiten würden wieder aufgenommen werden. In einer Londoner Depesche der „Neuen Freien Presse“ wird bestätigt, daß die türkischen Delegierten bei den Balkanverträgern sich nach den äußersten Bedingungen erkundigen ließen. Das Ergebnis ist bisher noch nicht bekannt, indes steht fest, daß bis auf weiteres eine Abreise der türkischen Delegierten nicht erfolgen werde.

In Konstantinopel

geht es ziemlich kampflos zu. Die „Tanin“ erfahren haben will, sei das ganze Kabinett entschlossen, zu demissionieren. Der Beichluis des Ministerrates, eine große Versammlung zum Zweck der Entscheidung über Krieg und Frieden einzuberufen, ist noch kein erfolgt. Ein entsprechender Vorschlag wurde vom Großwesir gemacht. Der Kommandant der Daranelle-Flotte, Kapitän Remsi, ist zurückgetreten, weil er, wie verlautet, die Verantwortung für ein weiteres Vorgehen gegen die griechische Flotte nicht übernehmen wollte. Als Nachfolger ist Konteradmiral Halil Pascha in Aussicht genommen.

Besserung der rumänischen Kritik.

Wien, 13. Januar. In diesigen diplomatischen Kreisen wird, nach einer Mitteilung der „Neuen Freien Presse“, an der Ansicht festgehalten, daß die rumänisch-bulgarische Streitfrage keinen Anlaß zu ersten Besorgnissen gebe. Die Verhandlungen in London würden weitergeführt, von einem Termine der heute ablaufen sollte, sei keine Rede gewesen.

Bukarest, 13. Januar. Die russische Regierung hat sich an die rumänische gewandt mit der Anfrage, ob der Ausspruch neuer Feindschaften an dem Balkan unter rumänischer Unterstützung der Türkei zu erwarten sei. Die Antwort der rumänischen Regierung lautete einfach nein. Rumänien habe keinen Grund, seine bisherige neutrale Haltung zu ändern. Man verfolge nur den Wunsch, daß die in ihrer Zirkularnote bereits im Jahre 1903 ausgesprochenen Forderungen jetzt, wo an dem Status quo nicht mehr festgehalten würde, endlich zur Erfüllung gebracht würden.

Die Irrfahrten Sternidels.

Die Fragen, wo Sternidel die ganzen Jahre über getwilt hat, sind noch lange nicht ganz gelöst, aber mancherlei aus seinem Wüstenleben haben die Ermittlungen doch schon zutage gefördert. Ueber die erste Erziehung Sternidels und seine Flucht seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Ein Biographen der Jahre hatte damals die Beschreibung des Berliner Kriminalmagistrats Weber gelesen und erkannte hierin in einer Gastwirtschaft zu Wernstedt den vermeintlichen Mörderjungen als den gesuchten Raubmörder. Er sah sich den Mann um so genauer an, als ihn der Wirt erzählte, Mißgabe fast alles, was er verdienen, für Lauben aus, die er kaufte und verkaufte. Jetzt zweifelte er nicht mehr und benachrichtigte den Gendarm. Als auch dieser, nachdem er sich mit dem zuständigen Amtsgericht in Verbindung gesetzt hatte, nicht mehr zweifelte, nahm er den Gefangen in der Wüste fest. Miß bewachte durchaus kaltes Blut, erhielt die Erlaubnis, sich in seiner Kammer im Obergeschoss zu waschen und seinen Sonntagsgang anzuziehen, kam dann herunter und sagte, mit der Hand auf sein Portemonnaie zeigend: „Geld haben wir nun, Herr Wirtmeister, jetzt kann die Kette losgehen.“ Wie in einem plötzlichen Einfall sagte er dann er wolle sich kein Geld noch umhändigen, stellte die Laerne unten an die Treue hin, ging noch einmal nach der Kammer hinauf, schrieb aber nicht wieder zurück. Während man sich in der Stube über ihn noch unterhielt — es war spät am Abend — sagte plötzlich jemand: „Da läuft er ja draußen.“ Sternidel war zum Fenster hinausgesprungen und landete in den nachgelassenen Wald.

Später kam er in die Klimal und nach Saffien. Sternidel wechselte jeden Augenblick seine Auswärtigen und seine Kleider. Einmal blieb er Sternidel ist im Frankfurter Wald bei Walsdam geblieben. Der Tote war aber nicht der gesuchte Verbrecher. Sternidels Spuren gingen noch und noch verloren. Einmal arbeitete er bei einem Mühlendehner in der Nähe von Witten. Hier wurde er beim Anstrichen der Wände der Wirtmeister erinnert sich noch der Auslieferung der Kriminalpolizei und spätere Verdacht. Er wandte sich auch an den Gemeindevorsteher. Als dieser sich aber nicht zu bewegen ließ, war Sternidel verstimmt. Sternidel sagt selbst, daß er die Klagestellungen der Berliner Kriminalpolizei nicht mehr als einmal gelesen habe. Soweit bis jetzt bekannt ist, hat er mindestens in einem Wald bei Wernstedt einen jungen Jüngling in der Nacht des 13.

Bruch aufgehallen, besonders als Wirtmeister und Herr unter anderem Namen. Mehr als einmal ist er auch mit den Händen in die Fänge geraten. Im allgemeinen war er wohl ein ruhiger Mensch, wiederholt aber beteiligte er sich an Gräueltaten, besonders beim Sonntags von seiner Arbeitsstelle aus Nachbarorte besuchte. Einmal, bei einer großen Fehdung nach Sternidel, hielt er die Gewehr doch für so groß, daß er nach Kuhl und versuchte. Das sei ihm, sagt er jetzt, gar nicht so schwer geworden. Er habe einem ruffischen Juden geschrieben, daß er kommen und ihm für seine 10 Mark geben werde. Der Mann habe sich auch wirklich an der Grenze eingefunden, ihn für seinen Sohn ausgegeben, die 10 Mark mit einem Grenzschützer geteilt, ihn schließlich der Grenze mit Ausweispapieren versorgt und es ihm so erndacht, ein ganzes Jahr in Russland zu bleiben. Dort gelte es ihm ganz gut. Die Löhne waren zwar niedrig, aber auch die Lebensmittel billig. Nach einem Jahre aber konnte er sich wieder nach Deutschland und lehrte zurück. Auch in Oesterreich hielt er sich auf, aber nicht lange. Zuweilen kam er auch nach Berlin, um hier für württembergische Bauern Vieh zu verkaufen. In einer Ostschiff war er auch Kapitän eines Raubfahrers und eines Laubens- und Manichäer-Händler. Das ist so ein kurzer Abriss aus dem abenteuerlichen Leben des verhassten Raubmörders, der bis in die späten Abendstunden vernommen wurde.

Das weiteste Ergebnis der Vernehmungen.

Der „Neue Sternidel“ hat also im Frankfurter Untersuchungsamt das Geständnis abgelegt, daß er wirklich jener verhasste und seit diesen Jahren vergeblich gesuchte Raubmörder Sternidel sei. Er hat die Morde in Plagowitz und Ortowitz zugegeben, und man muß noch Lage der Dinge unbedingt damit rechnen, daß der Verbrecher noch weitere Morde auf dem Gewissen hat. Aber davon, daß er zugestanden, einen Mord in Berlin, den Mord an einem Gendarm und noch andere Verbrechen begangen zu haben, wie heute früh von anderer Seite berichtet wurde, kann gar keine Rede sein. In Bezug auf den angeblichen Mord in Berlin hat er lediglich behauptet, daß er einen Mann kennen gelernt habe, der vor Jahren in Berlin eine Prostituierte ermordet haben wollte. Mit diesem Manne ist er dann im Lande umhergezogen und hat sich in seiner Gesellschaft mehrere Einbrüche und Diebstähle verübt.

Dagegen taucht jetzt ein anderer Verdacht auf, der sich durch den weiteren Verlauf der Ermittlungen vielleicht bestätigen wird. Wie erinnert, verließ Ende September 1911

Ein geheimnisvoller Geschäftler in Schlesien

mehrere Mordtaten. Auf die Ergreifung des Mannes wurden letztendlich 2000 Mark Belohnung ausgesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Sternidel jener Geschäftler war. Vieles spricht dafür, daß das sogar sehr wahrscheinlich ist. Der Geschäftler hat seit Jahren einam wohnende Leute auf und verhandelt es bald, deren Vertrauen zu gewinnen. Wenige Tage später kam er dann wieder und verübte ein Verbrechen. In den meisten Fällen trat er durch das offene Fenster eines unbewohnten Raumes ein. Seine Verbrechen waren in der Regel nur gering, weil die Opfer, die er heimlich suchte, selbst nicht viel hatten. Die Leute konnten von Glück sagen, daß sie nicht erwachten und den Einbrecher hörten. Zwei von ihnen, die ihn wohl bei der Tat überrascht hatten, blieben ihr Leben ein. Es war dies eine Witwe Krause in Petersgrund in Schlesien und ein Gärtler Knüttig in Rembise bei Jauer. In Petersgrund zündete der „Gehändler“ auch das Anwesen der ermordeten Frau, die er erschossen hatte, an. Regelmäßig trat der Geschäftler die Häuser der Jäger, die er vorband, erschoss und ließ die Schalen liegen. Der unheimliche Verbrecher wurde damals genau beschreiben als ein stämmiger, mittelgroßer Mann von etwa 40 Jahren, mit dunkelblauem Haar und blondem Schnurbart. Er machte den Eindruck eines Händlers oder Güterbozgers und trug die Mundart der niederschlesischen Randbevölkerung. Das trifft auf Sternidel alles zu. Die und andere Verbrechen werden vielleicht jetzt endgültig aufgeklärt werden.

Weiter steht Sternidel in dem Verdacht, vor einigen Jahren in Wernsdorf an der Elbe einen Güterbozger erschlagen zu haben. Er lockte den Mann unter irgend einem Vorwand ins Freie, schlug ihn dort nieder und drang in sein Haus, um den Geldschrank zu plündern. Dabei wurde er von der Dienstmagd überrascht. Sofort ging er auf das Mädchen zu und schlug auch dieses zu Boden. Dann ergriff er die Flucht. Schließlich rechnet man mit der Möglichkeit, daß Sternidel an einem entsetzlichen Verbrechen beteiligt ist, das gleichfalls vor einer Reihe von Jahren im Posenischen verübt wurde.

Dort brannte ein Gutshaus nieder

und acht Menschen fanden darin ihren Tod. Erst die weitere Untersuchung, die naturgemäß noch eine längere Zeit in Anspruch nehmen wird, dürfte Licht in alle diese dunklen Verbrechensfälle bringen. Vorläufig betrachtet Sternidel mit aller Entschiedenheit, an irgend einem anderen Mord — abgesehen von den beiden Verbrechen in Plagowitz und Ortowitz — beteiligt zu sein. In seinem letzten Verhör macht er mit großen Anstrengungen den Versuch, seine in Berlin verhafteten Komplizen als die eigentlichen Täter hinzustellen. Daß diese an dem Verbrechen wirklich teilgenommen haben und nicht nur, wie sie es hinzustellen versuchen, bloße Zuschauer waren und von den sträflichen Proben Sternidels beeinflusst wurden, dürfte wohl feststehen. Wie jetzt nachträglich bekannt wird, haben sie sich schon in der kleinen Gastwirtschaft, in der sie in Berlin abgestiegen waren, dadurch verdrängt gemacht, daß sie in erregten Gesprächen fortwährend von „erdrosselten Menschen“ sprachen. Dies kam der Polizei zu Ohren und sie nahm sofort die Suche nach den drei jungen Leuten auf, die zu einem vollen Erfolg führte.

Die Angabe Sternidels, daß nur etwa hundert Mark geraubt worden seien, wird hier stark in Zweifel gezogen. Der ermordete Eigentümer Calles galt allgemein als sehr vermögend und hatte sicher größere Mittel in seiner Behausung. Einmal waren gerade zu dieser Zeit diese Steuern eingezahlt worden, und dann hatte Calles in der letzten Woche viel Getreide gegen Kasse verkauft. Man vermutet, daß Sternidel eine große Geldsumme irgendwo in der Nähe des Gutes vergraben hat. Heute nachmittag traf Kriminalkommissar Plasse mit einigen Beamten, von Frankfurt a. M. kommend, in Ortowitz ein, um eine nochmalige genaue Durchsichtung des ganzen Gebietes vorzunehmen. Auch der von Sternidel näher bezeichnete Acker auf dem er Gold- und Silbermünzen versteckt haben will, wird gründlich abgefragt werden. Die Einwohner Ortowitz setzen zu der Annahme, daß Sternidel auch bei zahlreichen Einbrüchen und Diebstählen, die in letzter Zeit in der Umgebung Ortowitz verübt worden sind, seine Hand im Spiele hatte.

In den späten Abendstunden begann Kriminalkommissar Plasse wieder ein neues Verhör Sternidels, das bis in die dritte Morgenstunde hingog. Sternidel schloß sich noch einmal mit eigener Miße die Verdächtigungen von Ortowitz und Plagowitz, blieb aber bei der Darstellung, daß die drei Berliner Komplizen die eigentlichen Mörder von Ortowitz seien. Sie allein hätten den Oberst die Schlingen um den Hals geworfen, während er selbst nur die drei Personen festgehalten habe. Sternidel und die drei Komplizen bestritten sich nach dem Landgerichtsgeständnis. Von einer Ueberführung an den Toten gab Ortowitz wurde vorläufig noch Abstand genommen.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Schütz. — Redaktion und Druckerei: Franz Schütz, Berlin, Wilhelmstraße 7. — Verlag des „Völkischen Beobachters“, Berlin, Wilhelmstraße 7. — Druck von H. Schütz, Berlin, Wilhelmstraße 7.

Zunzlau. Gewerkschafts-Kartell!
 Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr.
 Sitzung im „Deutsches Volk“ [8662]

Zeugen gesucht!
 Die Frau, welche in 4. Kind, a. 9. Degr.,
 abends a. b. Westendstr. gelebt hat, wie eine
 Dame e. Schulmädch. Verhalt. machte, melde
 i. bitte bald Kl. Nr. 27 b. St. [8667]

Kostüm 9 Mark
 Kleid 8 Mk., Bluse 3 Mk., Rock 3 Mk.
 (Schil u. Jaub, angeleert. - Kleiderleib. Hüglig
 bei Frau Flebier, Rosenstr. 13, III. [8644]

Christentum u. Sozialismus von
 A. Bebel
 10 Pf.

Stadt-Theater
 Dienstag 7 1/2 Uhr: 8593
 Reichtes Balletspiel des Kammerjägers
Carl Braun
 „Margarete“
 Mittwoch, Anfang 7 1/2 Uhr:
 „Die Weiserhinger von
 Nürnberg“
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 (Erstmalige Opernvorstellung.)
 „Don Juan“

Achtung! Stukkateure. Achtung!
 Mittwoch, den 15. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Zimmer 3

General-Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Sektionsleitung.
 3. Verschiedenes.
 Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen.
 Die Sektionsleitung.

Lobe-Theater
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
 Zum 3. Male:
 „Winter Mäurer“
 Mittwoch 7 1/2 Uhr: 8599
 „Belinde“
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 „Winter Mäurer“

Preussischer Landesverein für Frauensimmrecht.
 Freitag, den 17. Januar, 8 1/2 Uhr, im Vereinszimmer
 des Konzerthauses:
 Vortrag von
 Fräulein Dr. Perls, Breslau: 8642
„Wie mache ich meine Steuerereinschätzung?“
 Eintritt frei! Eintritt frei!

Thalia-Theater
 Dienstag, Gruppe E. 3. Vorstellung:
 „Die Sammelndame“ 8605
 Mittwoch:
 „Der dunkle Punkt“
 Donnerstag, Gruppe F. 3. Vorstellung:
 „Die Sammelndame“
 Freitag und Sonnabend 7 1/2 Uhr:
 „Sinfonie der
 Oberammergauer Passionsspiele
 in Wort und Bild.“
 Bühnenverkauf von heute an täglich von
 10-2 Uhr im Stadt- und Thalia-Theater.

Am 12. d. M. entschlief nach längerem schweren Leiden
 mein innigstgeliebter Gatte, Sohn, Schwager und Cousin, der
 Restaurateur
Ernst Scholz
 im 55. Lebensjahre. 8659
 Um stille Teilnahme bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Mittwoch, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause
 Hochstrasse 11 nach Gräbchen.

Schauspielhaus
 Dienstag 8 Uhr: 8611
 „Die Marine-Gaule“
 Mittwoch 8 Uhr:
 „Der liebe Augustin“
 Donnerstag 8 Uhr:
 „Die Marine-Gaule“

Am 11. d. Mts. verschied nach kurzem schweren Leiden
 unsere liebe Mutter und Grossmutter, verw. Frau
Emilie Mönch, geb. Staneck
 im Alter von 65 Jahren. 8645
 Um stiller Teil zu bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen
 Fritz Mönch, als Sohn, nebst Familie,
 Johannes Harzbecker, als Schwiegervater, nebst Familie.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. d. Mts. nachm.
 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lutherfriedhofes in Oswitz statt.

Circus Busch.
 Täglich 8 Uhr abends:
„Schlesiens Söhne“.
 Historisches Schauspiel in 3 Akten
 von Dr. Friedrich Carr.
 In Szene geleitet von Direktor
 Georg Carr.
 Mittwoch, nachmittags 4 Uhr:
 Schiller-Vorstellung
„Schlesiens Söhne“.
 200 Mitwirkende. 8617
 Glänzende Ausstattung.
 Billets 0.50, 1.00, 1.50, 2.00 etc.

Am 12. d. Mts. verschied unsere liebe Mitbe-
 wohnerin
Frau Pauline Sperling
 im Alter von 53 Jahren.
 Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
 Sämtliche Mieter des Hauses Bärenstrasse 30.
 Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 2 Uhr,
 vom Trauerhause Bärenstrasse 30 nach Cosel.

Liebig's Etablissement.
 Das brillante
Januar-Programm!
 8581! Anfang 8 Uhr.

Neuheit! Kindlers Neuheit!
Universal-Douche.
 D. R. G. M. Engl., franz. und Russ. Patent.



Das ist Erfahrung dieser neuen Erfindung, welche die besten bekannten
 Spritzen in der Hygiene ersetzt. Jede Douche ist bei diesen neuen Apparat
 möglich. Die Douche ist ein sehr wichtiges Mittel für die Verheilung von
 A. Kindlers Universal-Douche ist zu haben von 4584

A. Kindler, Breslau I, Geogr. 1870
 Verkaufshaus hygienischer Gummiwaren
 Ventilatoren, Leibbinden, Biders, Monatsbinden,
 Suspensorien usw. — Neuhit! Säuberermer.
 40-jährige Erfahrung dieser Branche. Katalog gratis mit franco.

Viktoria-Theater.
„Autoliebchen.“
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 2 Vorstellungen.
 Nachm. 3 1/2 bei Hauptvorst. zu
 erlässigen Preisen. 8587

Im Namen des Königs!
 In der Privatklage des Rittergutsbesizers von Steg-
 mann und Stein in Jankowsk, Privatklägers, gegen den
 Parteisekretär Georg Srowig in Breslau, Neue Graupen-
 strasse 5, Angeklagten, wegen Verleumdung hat auf die von dem
 Angeklagten gegen das Urteil des königlichen Schöffengerichts
 in Breslau vom 7. November 1912 — 35 B 1358/12 — eingelegte
 Berufung die IV. Strafkammer des königlichen Landgerichts in
 Breslau in der Sitzung vom 17. Dezember 1912 für Recht erkannt:
 Das Urteil des königlichen Schöffengerichts vom 7. Novbr. 1912
 wird aufgehoben. Der Angeklagte ist der öffentlichen Verleumdung
 des Privatklägers schuldig und wird deshalb zu (100) einhundert
 Mark Geldstrafe und für den Fall, daß diese Strafe nicht be-
 zahlt werden kann, zu (10) zehn Tagen Gefängnis, (für je
 zehn Mark ein Tag) und zur Tragung der Kosten des Ver-
 fahrens verurteilt.
 Ferner wird dem Privatkläger die Befugnis zugesprochen,
 die Berufung durch je einmalige Einreichung der Urteils-
 formel in die Schöffische Zeitung und in die Volkswacht
 binnen vier Wochen nach Mitteilung einer Ausfertigung des
 rechtskräftigen Urteils auf Kosten des Angeklagten öffentlich
 bekannt zu machen.
 Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird be-
 glaubigt und die Rechtstraf des Urteils befestigt.
 Breslau, den 6. Januar 1913.
 Specht, 8655
 Vorsitzendes des königlichen Landgerichts.

Zeltgarten
 Grosse internationale
**Ringkampf-
 Konkurrenz**
 Heute Dienstag ringen:
 Herrmann — Anello
 Bayern — Martini
 Albert Sturm — Erikson
 Weizsäcker — Danemark
Entscheidungskampf
 Apollon de Calosse — Carl Saff
 Frankreich — Breslau
 Vorher:
 Das brillante Programm.
 Anfang 8 Uhr. [8575]

Palmengarten.
 Heute Dienstag:
 Grosse 8654
Zock-Fest
 à la polonoise
 mit reichem Gastspiel des
 besten Varieten und
 Pantomimen
Cesaro Bontes
 aus Tripoli.
 Eintritt frei! Eintritt frei!

Zahnersatz, Plomben
Vally Stübing,
 Dentistin,
 Gartenstr. 10, I. Etage.
 Moderner Zahnersatz mit Anwendung
 der neuesten Erfindungen auf dem
 Gebiete der Zahnersatz- und Zahn-
 heilkunde. 79572
 Mundlich heilend. Keine Zahn-
 schmerzen. Es wollen sich Zahnlose u. Zahn-
 kranke rechtzeitig zu mir wenden.

Morgen, den 15. Januar: 8579
Inventur-Ausverkauf
 Verkauf nur gegen bar. Kein Umtausch. **20-50% Preisermäßigung** Preisunterschiede auf jedem Etikett erkennbar.
 auf Kleiderstoffe, Konfektion, Wäsche, Trikotagen, Strumpfwaren, Schürzen, Teppiche, Gardinen, Läufer.
 Günstige Gelegenheit zum Einkauf von Konfirmanden-Ausstattungen.
 Die Spargellegenheit ist während des Ausverkaufs so selten günstig wie zu keiner Zeit.
Ausverkaufsangebote.
 Wollstoffblusen Wert 6.50 bis 14.00 Jetzt 2.75, 4.75, 6.75
 Kostümröcke Serie I II III Stück 2.25 3.75 4.75
 Kleiderstoffe Wert Meter 1.20 bis 3.00 Jetzt Mtr. 0.75, 0.95, 1.25
 Kostümfabrik 130 Zentimeter breit Meter von 1.35 an
 Knaben-Stoff-Anzüge Wert 9 bis 15.00 Jetzt 3.75 u. 5.75
 Knaben-Winter-Paletots 3.75 und 5.75 aus gutem Wäsetuch Jetzt 0.95, 1.25, 1.95
 Damen-Hemden Fertige Bezüge von 2.95 an
Peitzwaren bis 50% Ermässigung **10% Rabatt auf alle regulären Waren**
 Inletts, Züchen, Handtücher, Tischwäsche, Taschentücher, bedeutend im Preise herabgesetzt.
H. Silberstein Friedrich-Wilhelmstr. 16 Ecke Schwerstr.

Union-Theater
 Gruppenstr. 6, Karlsplatz.
 Von Dienstag bis Donnerstag: 8638 Ganz Neu!
Bankfach No. 13.
 Ergreifendes Lebensbild in 2 Akten mit Erklärung.
 7 neueste Schlager

Königsgrund Sohe-Strasse 45/47. Heute Mittwoch.
Grosses Kränzchen Neues Barlett. Touren- und Schiffsreisen.
Masken-Kostüme 7578
 Grösstes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Rang
A. Franz Nachf. H. Wiersing
 Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996.
 Fabrik histor. Festzugs- u. Quadrillen-Kostüme.

Eden-Theater
 Nikolajstr. 27.
 Heute 8645
 neues
Programm.
 Bankfach Nr. 13
 Tief ergreifendes Drama aus dem Leben in 2 Akten.

Fertige Betten
 bestehend aus: Deckbett, Unter-
 bett 2 Kissen m. Federdich.
 Inletts und neuer Füllung:
 Qual. 1. 11.60
 „ 2. 14.50
 „ 3. 18.50
 „ 4. 24.00
 „ 5. Daunen-Deckbett 34.00
 „ 6. 47.00
Spezialität: Brautausstattungen.
Julius Immerglück,
 Breslau, Reuschstrasse Nr. 32/33.
 Versand per Nachnahme. — Preisliste gratis und franko.
 Lieferant des Breslauer Beamten-Vereins.

Verwegenes Spiel
 Drama in 2 Akten.
Er versteht seine Rolle
 Spannende Tragödie.
 Sowie das
 übrige neue Programm.
 Nur für Erwachsene!

Arbeitsmarkt.
Zentralverband der Bindlungsgehilfen
 Gesucht werden mehrere Verkäuferinnen. Meld. sof. an Max Adershold, Neue Graupenstr. 5, 6, H. I. [8668]

C.M. Trapp
Lanz-Schule
 Messergasse Nr. 14-16
 Prospekte kostenlos
 Lehrt gut, schnell und leicht alle Kunst-
 und Lehrenten. Kurse für 6, 8 und
 10 Par. Ziele auch Einschulungskurs
 in jeder Zeit ohne Preiszuschlag voll-
 ständig ungenügend, auch Sonntag, Nach-
 und Abends in 2 Stunden. Auf-
 wachen neuer Schüler täglich. Damen
 und Herren des auswärts werden auf
 das herzlichste empfangen. 7623

Kauf und Verkauf
 Gesessene Rabatgerben, für jede
 Figur, billig, gut erhalten. Kaufhaus für
 Damengarderoben. Neue Schwedinger-
 strasse 8. 8281
 Prima Kuchle, beste Milch, Butten
 und Eier, Frau Anders, Weinstr. 42. [8412]

Arbeitsmarkt
 Stellen für Einjährigsdienst ge-
 sucht. Angebot unter „Reihen“ an d.
 Exped. d. Volkswacht. 8649
 Damenkonfektions-Näherrinnen sucht
 Stadt, Potenzenstr. 75, I. 8553
 Damenkonfektions-Näherrinnen sucht
 Köplich, Marktstr. 157, I. 8635

Vermietung
 Neues Bettelbett, billig, verkauft Friedr.
 Büchelstr. 45, hochpt. 8651
 Sauberes Ehepaar sucht in besserem
 Hause kostg. 2-Zimmerwohnung u. hellen
 Küche, bis 3. Etage zum April. Kl. u.
 C. 37 an d. Exp. d. Volksw. 8646

Verschiedenes
 Weigeln werden umgearbeitet und
 modernisiert bei Frau W. Dörsnerstr. 27,
 4. Etg. 1. 8650
 Welche Frau wünscht für einen Mann
 die Wäsche mit. Mikalauer. Off. unter
 3. 123 an d. Exp. d. Volksw. 8647
 Massagen, sämtlicheäder, Schen-
 kelsstrasse 9, hpt. 8643

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Januar.

An unsere Leser!

Trotz unserer Erklärung in der Nummer vom 9. Januar wird in gewissen Kreisen nach wie vor das Gerücht verbreitet, die „Volkswacht“ werde bald nicht mehr 20 Pfg. wöchentlich, sondern 25 Pfg. kosten. Wir erklären wiederholt, daß wir jetzt und in Zukunft nicht beabsichtigen, den Bezugspreis der „Volkswacht“ auch nur um einen Pfennig zu erhöhen. Alle gegenteiligen Behauptungen müssen wir als erfunden bezeichnen.

Die Preiskommission, der Verlag und die Redaktion der „Volkswacht“.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ im Jahre 1912.

Das Jahr 1912 war für den Verein ein Jahr regster Tätigkeit. Durch die unethischen Preistreiberien und Preischwankungen auf dem Warenmarkt gestaltete sich der Warenhandel außerordentlich schwierig. Der Verein war bemüht, soweit es lag, möglichst war, Preiserhöhungen zu vermeiden. Um die Mitglieder beim Kauf von Kohle besser zu bedienen, wurde die Kohlenabfuhr in eigene Regie übernommen. Die Kohle wird jetzt in plombierten Säcken geliefert, und es ist somit die Gewähr gegeben für volles Gewicht.

Auf Drängen der Mitglieder in Dels und Trebnitz, die sehr unter der Preistreiberie der dortigen Kaufleute zu leiden hatte, wurde in den beiden Orten je eine Warenverteilungsstelle eröffnet. In beiden Orten ist schon der Erfolg zu verzeichnen, daß die Kaufleute bedeutend mit ihren Preisen heruntersinken. Dieser Erfolg wird die Mitglieder in Dels und Trebnitz anspornen, neue Mitglieder zu werben und für die Steigerung des Umsatzes zu wirken.

Für den Bezirk Hartlieb-Rietendorf wird in den nächsten Wochen eine Warenverteilungsstelle in Hartlieb eröffnet. Damit geht ein schon lange gehegter Wunsch der dortigen Arbeiterschaft in Erfüllung.

Als Aufklärung hat der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ im Jahre 1912 vieles geleistet. Diese Arbeit gestaltet sich in Breslau besonders schwer, da der alte Breslauer Konsumverein in den 47 Jahren seines Bestehens wenig oder gar nichts getan hat, um Aufklärung über das Genossenschaftswesen zu verbreiten. Im Gegenteil; durch die hohe Dividende, die den Mitgliedern im alten Konsumverein am Jahresanfang ausbezahlt wird, hat eine Dividendensticht päpgegriffen, wodurch die eigentlichen genossenschaftlichen Ideale ganz in den Hintergrund gedrängt werden. Doch die Erfolge der modernen Genossenschaftsbewegung und die Werbetätigkeit dieser Bewegung innewohnt, werden auch in Breslau den Sieg davontragen.

In den ersten sechs Monaten des neuen Geschäftsjahres (Juli bis Dezember) betrug der Umsatz 382.000 Mk. Die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder 835. Ist auch der Boden rauh und hart, befriedigen darf der Erfolg nicht. Tausende müssen noch für den modernen Genossenschaftsgedanken gewonnen werden. Noch nie war die Lage für die Genossenschaftsarbeit so günstig wie gerade jetzt. Die große Teuerung, herbeigeführt durch die verfehlte Regierungspolitik und noch verwickelt durch den Menschenhandel, hat besonders in den Arbeiterfamilien eine Erbitterung erzeugt. Die Worte von der gefüllten Kompostschüssel gleihen nicht mehr. Dem Arbeiter wird täglich klarer vor Augen geführt, daß er zur Selbsthilfe greifen muß.

Die von den Genossenschaften und Gewerkschaften gemeinsam beschlossene „Volkswirtschaft“ hat die ganze Kapitalistenwelt auf die Beine gebracht. Sie wetteifern jetzt mit Unterstützung der Regierung darin, für die Arbeiter „Wohlfahrtsanstalten“ zu schaffen. Die „Spar- und Darlehnskasse“ der Linke-Hofmann-Werke ist wohl der Anfang von der Wohlfahrtsmacht der Kapitalisten in neuester Zeit. Die Arbeiter werden hoffentlich die Augen offen halten. Sie brauchen sich solche Kassen nicht erst von den Kapitalisten aufdrängen lassen. Es sind genug Einrichtungen vorhanden, die sich die Arbeiterschaft selbst geschaffen hat. Dort sind ihre sauer verdienten Spargroschen zu ihrem Vorteil besser aufgehoben. Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ hat es eingerichtet, daß seine Mitglieder Sparmarken von 10 und 50 Pfg. in den Verkaufsstellen entnehmen können. Dieses Geld wird mit 3 1/2 Prozent verzinst. Zu jeder Zeit können die Sparer ihr Geld zurückerhalten. Auch beim Gewerkschaftshause können die Gewerkschaftler und Genossen ihre Gelder zinstragend einzahlen. Es sollte deshalb nicht mehr vorkommen, daß Arbeiter ihre Spargroschen in den Kassen der Kapitalisten anlegen. Ist es nicht genug, daß der Arbeiter dem Kapitalisten seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt? Nicht nur politisch und gewerkschaftlich soll und muß der Arbeiter organisiert sein, auch genossenschaftlich hat er sich zu betätigen. Kein Mitglied des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ sollte wo anders Waren holen, als in seinen eigenen Läden. Das sollte niemals vergessen werden. Nur die Einigkeit macht auch die Genossenschaften stark und mächtig.

Heraus mit dem wöchentlichen Ruhetage.

In ganz Deutschland ist zurzeit eine Bewegung der Gastwirtsgehilfen im Gange, die das Ziel verfolgt, auf die Gesetzgebung einzuwirken, daß die Angestellten im Gastwirts-gewerbe endlich einen Ruhetag erhalten. In Breslau lagte am Montag im Pariser Garten eine Versammlung,

wo Kollege Dießing aus Berlin die Frage des Ruhetages behandelte.

Die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf alle Berufsangehörige, so fähige der Arbeiter u. a. aus, sei eine unabwendliche Notwendigkeit; die traurigen Verhältnisse würden keinen längeren Aufschub. Bis jetzt haben nur die gelehrten Gehilfen einen Ruhetag; die vielen Neugelerten, die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter müssen sich mit einer neunstündigen Arbeitsruhe begnügen. Die Bundesratsverordnung über den Arbeiterschutz im Gastwirts-gewerbe, verglichen mit dem Arbeiterschutz in anderen Gewerben weist Widersprüche und Ungerechtigkeiten auf. Die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren darf in Betrieben, die mindestens 10 Personen beschäftigen, nicht länger als 10 Stunden dauern; im Schankgewerbe aber, müssen diese jungen Leute 15 Stunden arbeiten. Die Tätigkeit des Restaurations- und Hotelpersonals, das wird niemand leugnen können, ist sehr anstrengend. Körper und Geist zerlösend. Freilich seien die Gastwirte anderer Meinung. Sie überschätzen die Regierung mit Eingaben, ja nicht mehr Arbeiterschutz zu gewähren, sonst gingen sie alle zu Grunde. Es ist zu erwarten, daß die Gelüste des Gehilfen-Verbandes von dem Reichstag demnächst beraten werden; aber nur die sozialdemokratische Fraktion wird die für den erweiterten Arbeiterschutz sprechen und stimmen. Auf die anderen Parteien, auf das Zentrum, das sich als eine Volkspartei ausgibt, sei kein Verlaß. — Die Kollegen und Kolleginnen, die es ernst mit ihrem Fortkommen nehmen, die als Menschen leben und behandelt sein wollen, können nicht anders, als sich dem Verbands der Gastwirts-gehilfen anschließen. Die Ausführungen seiner reichen Beifall. Nach einer Aussprache wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Versammlung der Angestellten im Gastwirts-gewerbe nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß die beschriebenen Wünsche der gastwirtschaftlichen Angestellten, die in zahlreichen Eingaben den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet worden sind, eine Berücksichtigung noch immer nicht gefunden haben.“

Die Versammlung erwartet, daß die Ruhezeiten im Gastwirts-gewerbe durch Gesetz eine durchgreifende Regelung erfahren, wie das von der Reichsregierung bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellt worden ist.

Die im Gastwirts-gewerbe übliche, lang ausgeübte Arbeitszeit, die unter gesundheitlich höchst ungünstigen Bedingungen zu leisten ist, erfordert dringend das Eingreifen der Gesetzgebung. Die Versammlung schließt sich den von der gesamten Gehilfen-schaft wiederholt aufgestellten Forderungen durchaus an. Es sind dies:

1. Festsetzung eines regelmäßig wöchentlich wiederkehrenden Ruhetages von 36 Stunden für die gesamte Gehilfen-schaft.

2. Regelung der täglichen Arbeitszeit, entsprechend den im § 120 f der R.-G.-O. niedergelegten Mindestforderungen.

Die Versammlung erwartet, bis mindestens daß zum Erlaß eines Gesetzes die zurzeit geltenden Bestimmungen des Bundesrats vom 23. Januar 1903 auf das gesamte Personal ausgedehnt werden.“

Die Verfolgungen der Nachtmillion.

Zu einer recht lebhaften und interessanten Auseinandersetzung über die Frage, wer am besten praktisches Christentum treibt, kam es am Montag Abend in der Bourse, wo eine Versammlung stattfand, die vom Begründer der hiesigen Nachtmillion „Schwarzes Kreuz“ einberufen war und in der Herr Dietrich, einen Vortrag über „Im Kampf um soziale Fürsorge und Kirchentum“ hielt. Der Saal und die Galerien waren dicht besetzt und zwar aus allen Schichten der Bevölkerung.

Mit der von einem tüchtigen Sänger vorgetragenen Arie: „Selig sind die Verfolgten“ wurde die Versammlung eingeleitet, worauf Herr Dietrich nach der Schilderung seines Lebenslaufes auf die eigentlichen Ziele der von ihm ins Leben gerufenen Nachtmillion und ihre vielfachen Aufwendungen des näyeren einging. Er erzählte, wie er mit seinem Unternehmen, das nur auf die Wildtätigkeit aufgebaut ist, durch „christliche“ Menschen von Ort zu Ort gejagt wurde, wie sein Unternehmen, das den Verarmten der Armen bei Regen, Schnee und Kälte ein schützendes Obdach ohne jedes Entgelt gewährt, ein unglücklicher kleiner Kampf von Behörden geführt wurde. Er erzählte von den Strafmandaten, die er erhielt, weil er als Menschenfreund gehandelt habe. Regelmäßig müsse er Obdachlose selbst in der aller schlechtesten Wirtung abweisen, weil es die Behörde verlange. Diese Gehilfen haben ihm gegenüber abgelehnet, daß es in Breslau überhaupt soziale Elend gibt, dabei sind in Breslau tagtäglich etwa 800-900 Obdachlose ganz sicher zu finden. Der Vortragende, der mit der Bitte um weitere Unterstützung seines Werkes schloß, fand lebhaftest Zustimmung.

In der Diskussion hob Herr Leichtentritt den Unterschied zwischen dem Wohl auf der Schutzhütte und dem Wohl des Herrn Dietrich hervor, der sehr zu Gunsten des letzteren ausfällt. Herr Viktor Rünzel sprach sich ebenfalls lobend über die Nachtmillion seines Freundes Dietrich aus. Auch Genosse Wolff sollte der sozialen Tätigkeit Dietrichs Anerkennung, obwohl das nur ein Tropfen auf heißen Stein sei. Der geradezu kleinliche Kampf gegen das Unternehmen Dietrichs sei aber ein Rindenspiel gegen den Kampf der die Behörden gegen die modernen Arbeiterorganisationen führen, obwohl diese sich von jeder die Gebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft zur Lebensaufgabe gemacht haben. Zur Peilung der sozialen Schäden reicht aber nicht die private Unterstützung aus, da erwachte der Staat in erster Linie die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß alle Menschen satt zu essen haben und wissen, wo sie ihr müdes Haupt hinlegen können. Als Redner die Sozialdemokraten als diejenigen bezeichnete, die einzig und allein praktisches Christentum vertreten, und dafür eintrat, daß bei den nächsten Landtagswahlen nur solche Abgeordnete gewählt werden sollten, die Sinn für praktisches Christentum haben, da war es mit der Lage eines Teiles der Zuhörer vorbei, während der andere Teil die Ausführungen unjeres Redners lebhaft applaudierten.

Ein Herr Professor Träger, ein Reaktionär vom reinsten Wasser, „verwahrte“ sich gegen die sozialdemokratische Wahlrede des Redners und lobte unsere Arbeiterschutzesetze, die es jedem ermöglicht seinen Lebensabend in Ruhe zu genießen. Nachdem noch Herr Koch seine Rede vom Stapel gelassen geißelte Genosse Kießing noch als in treffenden Worten das Verhalten der Behörden und derjenigen Scheinchristen, die am Verhalten der Polizei nichts auszuweisen finden. Wie es mit dem Christentum bestellt ist, beweist die Tatsache, daß von den eingehenden Behörden niemand erschienen ist, um Unschlichkeiten mit anzuhören. Die Sozialdemokraten wollen trotz aller Widerstände von sogenannten Christen die wirklichen Vertreter des Christentums, sie wollen, daß alle Menschen satt zu essen haben und nicht am Abend des größten Festes der Christenheit das Wohl des Herrn Dietrich aufsuchen müssen.

Ein früherer Helfer des „Schwarzen Kreuzes“ stellte das Unternehmen als nullwertig hin, das weitgehendste Unterstützung aller verdiene. Genosse Donsky wies nochmals energisch darauf hin, daß, wenn man die Taten der Polizei kritisieren will, man auch die Regierung nicht ungelassen davon laufen lassen kann. Wenn man aber Reformen im Staatswesen erzielen will, dann muß man sich eben mit der Politik beschäftigen.

Im Schlußwort fand Herr Dietrich endlich etwas kräftigere Töne gegen den kleinlichen Kampf, der von den Behörden gegen sein Unternehmen geführt wird. Leider ließen sie immer noch den Ton vermissen, der angesichts dieser Verhältnisse geboten schien. Ein von Damen und Herren der Nachtmillion vorgetragenes Lied beschloß die Versammlung, die, abgesehen von einer durch nichts gerechtfertigten Erregung, ruhig verlief.

Denen, die das Elend noch nie mit eigenen Augen gesehen haben, zeigte es Herr Dietrich am Abend, indem er eine Anzahl seiner Pflichten, alte, junge, kranke, gesunde, vorstellte.

Humanität.

Das neuerbaute Logengebäude am Mühlentempel wurde am letzten Sonnabend seiner Bestimmung übergeben. Ein Gebäude mehr in Breslau — sogar ein, das schon in seinem Äußeren, in seiner Fassade einen gewissen Reiz besitzt; und doch, wenn wir offen sein wollen, so müßen wir zugeben: unsere Zeit wird durch dieses Bauwerk nicht verkörpert. Die Zeiten sind vorüber, in der sich das Wesen einer Kulturrepoche in bestimmten Bauformen kundgab. Auf diesem Gebiete sind wir nicht fortgeschritten. Zwar haben im letzten Jahrzehnt einige geniale Baumeister, wie der Wiener Olbrich und die beiden Berliner Messel und Ludwiz Hoffmann, doch allen voran Messel, versucht, der Baukunst neue Wege zu zeigen. Und es ist ihnen ja auch in der Tat gelungen, hier und da einen frischen Aufbruch in die dumpfen Akademiestuben zu bringen. Doch im Großen und Ganzen wird fortgearrkelt. Unsere heutige Baukunst ist — von einigen Ausnahmen abgesehen — in der Regel eine Sammlung der Stilelemente vergangener Zeiten, die noch dazu oft mit einer ungläublichen Leichtfertigkeit durcheinander gewürfelt werden. Man muß darum schon im Allgemeinen froh sein, wenn so ein Durchschnittebaumeister — der auch meist der Aufstrebende ist und bei dem daher die kommerzielle Seite das künstlerische Gewissen nie recht zu Worte kommen läßt — wenn ein solcher Baumeister sich nicht allzu arg an der Stilreinheit vergräbt. Solche Baumeister, die sich trotz alledem einen gewissen vornehmen Geschmack bewahrt haben, sind die Herren Mathis und Kallisch. Der erstere Herr ist unter den Lesern als der Baumeister des Breslauer Gemeindefesthauses bekannt. Es war daher ein glücklicher Griff der Leitung des hiesigen Freimaurer-Ordens „Herrmann“ diese Herren mit der Ausführung des Neubaues zu betrauen.

Die Fassade nach dem Mühlentempel hat einen leichten Anflug von griechischen Tempelstil, wogegen ihr dennoch die herbe Schönheit dieses Stiles nicht ganz eigen ist. Daran trägt sie mehr dekorative Art der Behandlung, die aber andererseits eine Vermischung mit Renaissanceformen ermöglicht. Die Art, wie letztere verwendet sind, erinnert manchmal an Messel und Hoffmann, nur daß diese dann nie bis zum Tempelstil zurückzukehren.

Das Hauptgewicht liegt glücklicherweise in der zweckmäßigen Ausgestaltung der Inneneinrichtung. War es nötig, daß man mit Hilfe des Malers so oft den Eindruck zu erwecken sucht, als wären die zahlreich verwendeten Säulen aus echtem Sandstein? — Mit derartigen Mitteln, die z. B. im Vorraum zum Ordens-tempel (dessen Wände aus gemalten Sandsteinquadern gebildet sind) einen peinlichen Eindruck erwecken, sollte doch heute kein solcher Baumeister mehr arbeiten. Das ist etwas für den Baumeister. Der Tempelraum selbst macht einen stimmungsvollen Eindruck bis auf das Ordensstübchen, dessen farbige Illumination gar zu sehr an die moderne Lichtrelaxation erinnert.

Der in vornehmer Zurückhaltung mit Empirestilfakturen ausgestattete, 700 Personen fassende Festsaal, dessen Farbgebung in bezug auf Eisenblau und wenig Gold abweichend, löst eine förmliche Stimmung aus. Nur kann ich mich nicht recht mit der sehr tiefen Galerie befremden, die sich nicht recht dem Ganzen einverleibt. Das kommt wohl daher, weil ihr die Seitenarme abgehen. Auch ein kleiner Nebenraum ist ein Schmuckstück. Jedenfalls werden die zahlreichen Kongresse dieses Jahres sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, in dem Festsaal — Mozartsaal genannt — ihre Sitzungen abzuhalten.

Der Haushaltsplan der Stadt Breslau für 1913 liegt von heute an bis Mittwoch, den 22. Januar, im Rechnungsbüro Elisabethstraße 8, 1. Stg., zur öffentlichen Kenntnis aus. Die Hauptzahlen des Voranschlags haben wir in der Sonntagnummer mitgeteilt.

Die Wafelanstellung im Turnsaal der Feuerwehr Zwingerstraße 13, erhielt sich eines besonders regen Besuches; bis jetzt konnten gegen 2000 Besucher gezählt werden. Die Ausstellung, die für jedermann unentgeltlich von früh 8 bis abends 9 Uhr geöffnet ist, wird Sonnabend, den 18. Januar geschlossen.

Frauen als Vormünder. Es wird beabsichtigt, Frauen mehr als bisher zu Vormündern zu bestellen. Die Bestellung soll vorzugsweise in solchen Fällen erfolgen, in denen es sich um weibliche Minder handelt, und nicht die Verwaltung des Vermögens, sondern die Erziehung des Minderen die Hauptfache ist. Frauen, die geneigt sind, das Amt des Vormundes zu übernehmen, werden gebeten, Namen und Wohnung dem Bureau I (Schuhstraße 36, 2. Stock) anzugeben.

Grundsteuer und Grundbesitz. Zur Veranlagung der Grundsteuer für das Steuerjahr 1913 wird im Laufe dieses Jahres ein allgemeines Grundbesitz durch Hausbesitzer vorgenommen. Die Grundbesitzer oder deren Stellvertreter werden vom Magistrat ersucht, die Auslässe allen im Grundstück wohnenden Mietern und den Pächtern von Laodrägen zur eigenhändigen Ausfüllung vorzulegen. Die ausgefüllten Auslässe werden innerhalb acht Tagen nach der Zustellung wieder abgeholt.

Konkurse wurden jüngst eröffnet über das Vermögen des Kaufmanns Viktor Nitow er, Reuschstraße 3 der Kaufmanns Erbe Heilborn, Leichstraße 10, und des Kaufmanns Fritz Börner, Hubenstraße 24.

Zwangswise versteigert werden demnächst vom hiesigen Amtsgericht folgende Grundstücke: Mienstraße 23 am 27. Februar, Frankfurterstraße 60 am 10. März, Hubenstraße 109 am 1. März, Kospelstraße am 10. März.

Der Verein „Freier Gedanke“. Ortsgruppe Breslau des Deutschen Freidenkerbundes, hielt am 7. Januar seine Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Herr Wiesen-thal, erstattete den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß der Verein im Laufe des Jahres 1912 23 Mitglieder- versammlungen abgehalten hat und 10 kleine und zwei große öffentliche Vorträge veranstaltete. Dem Vereine konnten 25 neue Mitglieder zugeführt werden. Der Kassenbericht ergab, daß sämtliche Verbindlichkeiten des Vereins gedeckt wurden und noch ein kleiner Ueberschuß zu verzeichnen ist. — Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Herr Josef Wiesen-thal, stellw. Vors. Herr Vincenz Ulepel, 1. Schriftführer: Herr Oskar Seewald, stellw. Schriftführer Frau Maria Rose. Kassenführer: Herr Paul Zielinski. Die nächste Sitzung tagt Dienstag, den 21. Januar.

Versteuerte Einbrecher. In die Wohnung eines Gutbesizers auf der Lothringersstraße verlockten am Sonntag Nacht fünf Diebe einzudringen; sie sind aber durch das unglückliche Versteuern und verfehlt worden. — Bei einem Monteur auf der Wäckerstraße verlockten Diebe in der Nacht zum Sonntag einzudringen. Der in seiner Wohnung schlafende Monteur erwachte durch das Geräusch, als die Einbrecher das gewachte wurden, ergreifen sie schnell die Flucht, und es gelang ihnen nicht, ein Stück zu entwenden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Weiterer Ausbau der schlesischen Gebirgsflüsse.

In elf Baujahren hat die schlesische Provinzialverwaltung den im Hochwasserhochgesetz vom 3. Juli 1900 vorgesehene Ausbau der linksseitigen Hochwassergefährlichen Gebirgsflüsse der Oder und die im Zusammenhange damit liegenden Fallsperrbauten, wenn auch noch nicht ganz vollendet, so doch dem Abschluss ziemlich nahe gebracht.

Während des ganzen vergangenen Jahres hat man von dieser für unsere Provinz so wichtigen Angelegenheiten nichts mehr gehört, vor allem nichts davon, ob die Staatsregierung diese Summe auf sich nimmt und sie alsbald bereitstellt.

Brieg, 14. Januar. Unbefriedigte Mißbegier. Eine interessante Unterhaltung wollen wir den Lesern der „Volksmacht“ nicht vorenthalten. Am Sonnabend vormittags, erst nachdem auf der Fischerstraße Erkundigungen nach der Wohnung eines unserer alten Genossen eingeholt wurden, klopfte ein Schuhmann an die Tür.

Girschberg, 14. Januar. Schneewetter und Verlehr im Gebirge. Die letzten Schneefälle am Sonnabend und Sonntag haben dem Riesengebirge eine recht brauchbare Lage verschafft.

Schönbrunn bei Lauban, 14. Januar. Im Graben verfiel. Der etwa 50 Jahre alte Zimmermann Göde aus dem Oberdort übertrug am Sonnabend auf dem Nachhauseweg den schmalen Steg, der über den Dorfbach führt, welcher das Gleichgewicht und Stütze so unglücklich in den wenig Wasser führenden Bach, daß er mit dem Kopf in den Schlamm fiel.

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie I. Klasse 1. Ziehungstag 13. Januar 1913. Sonntag

Table with lottery numbers for the 228th Prussian-South German Class Lottery, Class I, drawn on Jan 13, 1913. Includes instructions and a list of winning numbers.

man fehlt wenigstens dafür, daß ein Schußgelder an den Sieg ge'racht wird, damit die sträfliche Nachlässigkeit nicht noch weitere Opfer fordert.

Bunzlau, 14. Januar. Ein arger Mißgriff passierte einem alten 80jährigen Mütterchen in einem Dorfe hiesigen Kreises. Die Frau erhielt in ihrem Heimatsorte eine laufende Unterstützung und war auch vor kurzem wieder im Begriffe, diese zu erheben.

Neufalg a. O., 14. Januar. Das Ende eines Erpressers. Ein dreifacher Erpressungsversuch ist hier am 7. d. Mis. gegen eine unverheiratete ältere Fabrikarbeiterin begangen worden.

Osnen, 14. Januar. Selbstmord eines Lehrers. Erhöhen hat sich am Freitag der Lehrer Miekner in Weltau auf dem dortigen Kirchhof, W., der 27 Jahre alt und unverheiratet war, stammte aus Bromberg.

Aus Oberschlesien.

Die obereschlesische Bergarbeiterbewegung.

Wie bekannt hat die „Polnische Berufsvereinnung“ der Welt bekannt gegeben, daß die obereschlesischen Bergarbeiter im Oktober 1912 in eine Lohnbewegung eingetreten sind.

1. Minimallohn von 5-6 Mark für Dauer. 2. Veränderung der bestehenden Arbeitsordnung. 3. Einführung der Achtstundenschicht. 4. Beseitigung der in den Gruben vorhandenen Mißstände.

Die Bergarbeiter Oberschlesiens tun auf, wenn sie sich nicht noch länger an der Nase herumführen lassen wollen, schon jetzt dem alten Verband beitreten, der stets und ständig dafür eintritt, die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder zu heben.

Kattowitz, 14. Januar. Der letzte der Kowollbände hat sich selbst gestellt. Vor längerer Zeit legte in obereschlesischen Industriebezirk, namentlich in Laurahütte und Umgegend, eine Bande von Einbrechern die Bewohnerschaft in Angst und Schrecken.

Walerus, denen sich späterhin auch noch Gratiwoj, Richter und Skwara angeschlossen.

Die Taten des Kowoll und Walerus wurden noch in frischer Erinnerung sein. Während es gelang, Walerus nach bezwungener Gegenwehr in Kossberg festzunehmen, wurde Kowoll bei dem von Polizeibeamten, ebenfalls nach heftigem Widerstand, tödlich verletzt.

Nicht uninteressant dürfte es sein, zu hören, daß nach dem eigenen Geständnis Richter am Donnerstag in Pisch und am Freitag in Wsklowy in Polizeigefangenschaft wegen Unachtsamkeit gefangen hat, ohne daß man ahnte, daß man einen „schweren Jungen“ vor sich habe, da der Einbrecher seinen richtigen Namen verschwiegen.

Zabrze, 14. Januar. Eine obereschlesische Fallchmünzerverbande. Den Bemühungen der hiesigen Polizeibehörde ist es gelungen, einem Teil jener Fallchmünzerverbande, die Oberschlesien mit falschen Geldstücken geradezu überschwemmt hat, auf die Spur zu kommen.

Advertisement for 'UNSERE MARINE' 23 CIGARETTE by GEORG A. JASMATZKY A.C. Includes an illustration of a ship and the text 'GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETENFABRIK DRESDEN'.

Table with lottery numbers for the 228th Prussian-South German Class Lottery, Class I, drawn on Jan 13, 1913. Includes instructions and a list of winning numbers.

Deutscher Reichstag.

89. Sitzung. Montag, den 13. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Lisca.

Der Entwurf über das Verfahren gegen Jugendliche.

Erste Lesung.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisca: Der Entwurf soll eine fühlbare Lücke ausfüllen. Im Jahre 1910 befanden sich unter 100 000 Jugendlichen 650 kriminelle. Das geltende Recht berücksichtigt nicht, daß bei Jugendlichen die Erziehung weit mehr an die Stelle tritt, als Strafe, die hier oft mehr schadet als nützt.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die Vorlage enthält außerordentlich wenig, beinahe nichts. Die Hauptsache an der Jugend- und Kriminalität der Jugendlichen trägt der Staat, trägt die Gesellschaft selbst. Die Jugendlichen sollten nicht bestraft, sondern erzogen werden. Eine Hauptursache für die ständig wachsende Kriminalität liegt in der Verwahrlosung der Lebenshaltung des Volkes durch die Follgegebungen. Im Gegensatz zum Entwurf sollte die Einrichtung der Jugendgerichte überall obligatorisch gemacht werden.

Sonderer auch Frauen zu Schöffen

herangezogen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Hauptbedenken gegen die Vorlage ist, daß die Staatsanwaltschaft entscheiden soll, ob eine Anklage erhoben oder eine Erziehungsmaßnahme getroffen werden soll. Es ist zu befürchten, daß dann politische Momente maßgebend sein werden. So ist in Bremen ein Junge, der eine Kette entwendet, dafür bestraft, aber der bedingten Vergnadigung entpfehlen wurde. Von da an sollte sich das Mädchen einwandfrei geführt und dann geheiratet. Drei Wochen nach der Hochzeit wurde sie von einem Polizisten zur Verblüdung der Strafe abgeholt. Als ihre Verwandten sich erkundigten, wie denn etwas Teratologes möglich sei, erhielten sie die Antwort: „Ja, denken Sie sich nur, sie hat ja einen Sozialdemokraten geheiratet!“ (Lebhaftes Gähnen, hört.) Wenn eine Behörde so vorgeht, wie kann man ihr dann das Recht geben wollen, zu entscheiden, ob sie einschreiten will oder nicht. Dadurch würde geradezu eine Blamäe ausgeht werden auf die Begehung von Straftaten derjenigen, die

nationale Gesinnung heucheln.

Sie würden ebenso wenig verfolgt werden, wie heute die Arbeitsmilitanten. Nicht die Staatsanwaltschaft darf die Entscheidung haben darüber, ob ein Strafverfahren oder eine Erziehungsmaßnahme an die Stelle tritt. Die Vormundschaftsbehörde allein darf aber auch nicht entscheiden, sondern es müßten Laien zugezogen werden, und unter diesen müßte sich mindestens eine Frau befinden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Auch die vorgeschlagenen Erziehungsmaßnahmen sind zu unteruchen, und ganz entschieden muß ich mich da gegen das Unterweihen von Kindern in Zwangs-erziehung aussprechen. In den preussischen Zwangs-erziehungsanstalten wird aus den guten Elementen

alles Menschliche noch herausgepüßelt.

Es werden geradezu zu Verbrechern erzogen. Es ist nur erstrecklich, daß noch so wenig Jugendliche durch diese sogenannten Zwangs-erziehung, die schlimmer ist als Zuchthaus und Arbeitshaus, zu Verbrechern geworden sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Entwurf will die Bestimmungen über die Unteruchungsmassnahmen Jugendlicher etwas anders fassen. Meines Erachtens darf Unteruchungsmassnahmen über Jugendliche überhaupt nicht verhandelt werden. Unbedingt muß auch entgegen dem Entwurf an der Öffentlichkeit des Verfahrens festgehalten werden, wenn es sich nicht um ein Verfahren vor der Vormundschaftsbehörde, also um Erziehungsmaßnahmen, handelt. Bei Straftaten ist die Öffentlichkeit unbedingt notwendig. (Leb. Sehr richtig!) Dringend erforderlich ist auch, wenn das Strafverfahren gegen Jugendliche bestehen bleibt, eine Herabsetzung des Strafminderungsalters. Darin, d. h. Kinder von 13 und 14 Jahren zum Objekt für die Strafrechtung sind, sollte man doch wohl einig sein. (Lebhaftes Gähnen, sehr richtig! links.) Will man den großen Sprung von 12 auf 18 Jahre nicht machen, so wird man vielleicht einen Mittelweg bei 15 oder 16 Jahren finden können. Heute wird in geradezu schrecklichen, aber Weise auch gegen Jugendliche vorgegangen, sie werden dem Arbeitshaus, der Zwangs-erziehung überwiesen, ohne daß irgendwo von den sozialen Einflüssen die Rede ist, denen der Betreffende unterlag. Er ist einfach eine Nummer, die zu einem Arbeitshaus gehört. Das muß bestritten werden, der Jugendliche muß als Mensch, als Person, als Individuum betrachtet werden. Soffentlich gelangt es in der Kommission, an die wir den Entwurf zu überweisen beantragen, ihn in den angebotenen Richtungen auszuauen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentrum): Der Entwurf stellt eine bewußte Halbheit dar, er greift auf der verbesserungsbedürftigen Strafprozessordnung nur das Verfahren gegen Jugendliche herans, und läßt das materielle Strafrecht unberührt. Ganz besondere Bedenken müssen wir gegen die Bestimmung erheben, die eine Durchbrechung des Legalitätsprinzips bedeutet, daß nämlich die Staatsanwaltschaft nach eigenem Ermessen entscheidet, ob sie in dem Falle einer strafbaren Handlung einschreiten will oder nicht.

Abg. Dr. von Calker (nall.): Es ist bedauerlich, daß wir auf eine baldige Reform der gesamten Strafprozessordnung einwirken werden verzichten müssen. Umloeweniger dürfen wir jedoch, an das wichtige Problem heranzugehen, das der vorliegende Entwurf löst. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß man auf dem Gebiet des Jugendstrafrechts die Strafe nicht in den Vordergrund stellen darf, wenn man etwas ausrichten will. Das Schicksal des Jugendlichen in der Vorunteruchung darf nicht in der Hand des Staatsanwalts liegen, sondern muß in die des Vormundschaftsrichters gelegt werden. Eine unter bedingten Vergnadigung sollten wir die bedingte Strafrechtung in das Gesetz aufnehmen. Ferner meine ich, daß wir nicht nur in einzelnen Fällen, sondern ganz prinzipielle

Jugendgerichte errichten sollten. Auch würde es sich empfehlen, wenn ein Mädchen angeklagt ist, mindestens eine Frau als Schöffen mitwirken zu lassen. Die Frau kann besser als der Mann die Psyche eines solchen Kindes nach der guten und schlechten Seite hin erkennen. (Sehr richtig!)

Abg. Giese (Soz.): Auch wir wünschen, daß der Vormundschaftsrichter Jugendrichter sei. Dagegen wären wir nicht damit einverstanden, auch die Frauen zu Verfahren gegen Jugendliche zuzulassen. Das Richteramt ist ein hartes und strenges Amt, wir haben viel zu viel Hochachtung und Verehrung für unsere Frauen, als daß wir ihnen ein so rauhes und schweres Amt aufbürden wollen. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Wir glauben auch, daß bei den Frauen öfter die Milde die Hauptrolle beim Urteilspruch bilden würde. (Wider-spruch links.)

Abg. v. Eßlt (Fortchr. Vp.): Die Regierung hat sich bei der Vorlage Bedenken äußert, die sie nicht nötig hatte. Auch die Veränderung ist äußerst dürftig. Die Loslösung des Verfahrens gegen Jugendliche von der Reform des allgemeinen Strafrechts war unbedingt nötig. Der Staatssekretär hat uns ja mitgeteilt, daß der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch frühestens 1917 vorgelegt werden kann. Bis wir damit fertig sind, wird das Jahr 1925 herangekommen sein und wir können dann noch sagen, daß es schnell gegangen ist. So lange können wir aber mit der Regelung des Verfahrens gegen Jugendliche nicht warten. Gegen viele Bestimmungen des Entwurfs haben wir schwere Bedenken. Wir wissen vor allem nicht, worin es sich von anderen Schöffengerichten oder Strafkammern unterscheiden soll. Wenn ein solcher Richter, wie er jetzt im allgemeinen Schöffengericht vorkommt, soll auch dem Jugendrichtergeschäft vor-sitzen, und bei den Strafkammern ist schon gar kein Unterschied. Der Richter ist lediglich in der Kette an der Kette zu binden. Die Einrichtung der Jugendgerichte muß obligatorisch sein. Dem Entwurf der Klassenjustiz werden die Staatsanwälte nicht entgegen, wenn man ihnen derartig weitgehende Entscheidungen überläßt. Vor allem die Entscheidung darüber, ob Vernehmung oder Erziehungsmaßnahmen vorzuziehen sind. Der Richter hofft, daß verschiedene Einzelbestimmungen sich in der Kommission verbessern lassen, und bietet sich endlich, die Zahl der Mitglieder dieser Kommission nicht auf 21, sondern auf 28 festzusetzen. (Beifall links.)

Abg. Pospich (Kole): Die Fürsorge-erziehung ist nicht nur ein Verhütungsmittel, sondern auch eine Strafe. Sie wird gerade in Orten häufig nicht deshalb angewendet, um die Kinder zu bessern, sondern um die Eltern zu strafen. Das hat man beim Reichener Schulstreik gesehen. Die staatliche Jugendpflege will den polnischen Kindern die Nationalität und die Muttersprache rauben. Die Schutzpolitik wird mißbraucht zu Germanisierungszwecken. Aber diese Art Jugendpflege erreicht ihr Ziel nicht, sie wirkt nur zur Verrohung der Jugend bei. Möge der preussische Staat endlich von dieser verkehrten Politik lassen. (Bravos! b. d. Polen.)

Abg. Warnitz (Kpt.) hält die Frauen für ungeeignet zum Richteramt. Die Angriffe des Abg. Stadthagen gegen die Fürsorge-erziehungsanstalten sind ganz unerschwerflich; wenn auch einzelne Angriffe vorgekommen sein mögen, so kann man doch nicht behaupten, wie erzogen die Jugendlichen zu Verbrechern. (Zur. rechts.)

Die Debatte wird geschlossen. — Der Entwurf geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Gleichfalls an eine Kommission geht die Revision der Pariser Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums.

Der Etat des Innern.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Auf dem Gebiete der Sozialreform ist eigentlich gar nichts geschehen. Dabei sind wir mit der Zeit beschiden geworden und erwarten gar keine großen Taten. Schon sind wir so weit, daß die Regierung sogar auf die sozialreformatorische Phrasologie verzichtet hat. Auf manchen Gebieten der Sozialpolitik ist das deutsche Reich von anderen Ländern bereits weit überholt. Wer spricht heute noch von den Reformen Kaiser Wilhelm II.? Es ist mit ihnen gegangen wie mit den Verprechen des Königs von Preußen, das Dreiklassenwahlrecht aufzuheben. Der König hat die Wahlreform als die dringendste Aufgabe bezeichnet, und die königsreuen Parteien treiben damit — um nicht einen unparlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, will ich sagen — Fußball. (Beifall.) Wenn so lächerlich es die Reichsbehörden mit den Reformen lassen. Vor 23 Jahren hat der Kaiser es feierlich als Aufgabe der Reichsverwaltung erklärt, die Zeitdauer und Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit und der wirtschaftlichen Kräfte des Arbeiters gewahrt bleibe. Heute erklärt der Staatssekretär, er werde niemals seine Hand zur gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit bieten; der Normalarbeitstag ist ihm

ein Grenz.

Vor 23 Jahren hat der Kaiser die Gleichberechtigung der Arbeiter proklamiert. Heute will der Staatssekretär auf dem Wege des Vertrages die Arbeiter um das Koalitionsrecht bringen, und zwar unter dem Beifall auch des Zentrums. Die Reichsbehörden stellen den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern die ehrenvolle Zumutung, Reverse zu unterschreiben, worin sie sich verpflichten, sich nicht zu lochern und sich nicht an sozialistischen oder anderen ordnungswidrigen Bestrebungen zu beteiligen. Das alles geschieht unter dem Beifall auch des Zentrums, das ganz vergessen hat, daß vor einem Menschenalter noch seine eigenen Bestrebungen als ordnungswidrig galten. Ein sogenannter Arbeitervertreter, Herr Becker, quittiert noch dankend für diese Zusätze. (Sehr gut! b. d. Soz. Unruhe l. Zentr.) Der Kriegsminister will in die Militärverfassungen den

Kadavergehörjam der Kaiserne

einführen. Bei ihm mag eine solche Stellungnahme noch begreiflich sein bei dem Geiste der Subordination, den sein Amt mit sich bringt. Unbegreiflich aber erscheint sie wenigstens auf den ersten Blick beim Staatssekretär des Innern. Lesen wir aber die Chronik der durch, mit der dieser Reichstag eröffnet wurde, so werden wir die Rede des Staatssekretärs belächeln, wenn er sich für die Einschränkung des Koalitionsrechts ausspricht, nicht länger für eine unvorbereitete Regierungserklärung halten. Die Promenade verweist ja ausdrücklich auf die Reichsversicherungsordnung und meint dann, die Entwicklung steht wirklich nicht still; das beweisen die hundertundsechzig Sozialdemokraten in diesem Hause und die 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er für die neue Stellungnahme des Staatssekretärs legt die Erklärung in dem Hinweis der Chronik auf die Reichsversicherungsordnung. Seine Worte sind in der Tat der Ausdruck desselben Geistes, der in der Reichsversicherungsordnung die Landarbeiter rechtlos gemacht hat, der ihm in den Landkantonsassen jede Selbstverwaltung verweigert, der die Witwen und Waisen enttäuscht und mit

Dungerprämien

abgefunden hat. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Man braucht die Stellungnahme der Regierung und der bürgerlichen Parteien nur an einigen Beispielen zu beleuchten. Wenn der konservativer Redner hier erklärt, es geht nur den Arbeitern schlecht, die ihr verdientes Geld für Weinstalkhol ausgeben (Merkwürdig bei den Soz.), wenn er das in der Zeit der Reichsversicherungsordnung und der Ruchersolle erklärt, dann ist das eben ein

besondere Blüte der konservativen Verzerr-bildung. (Sehr gut! bei den Soz.) Dem gegenüber ist darauf zu verweisen, daß die Landesversicherungsanstalt überanfen ihren Antrag auf Invalidegeld abgelehnt hat mit der Begründung: „Sie befinden sich lediglich im schlechten Ernährungszustand, wie dies bei den Hauswebern häufig anzutreffen ist.“ (Dort, hört! bei den Soz.) In einem Rundschreiben der Generalkommission Münster vom 11. November 1912 heißt es: „Es empfiehlt sich, nur jüngere Kräfte anzunehmen und diese durch andere jüngere Kräfte zu ersetzen, wenn jene sich verheiraten.“ (Dort, hört!) Von allen Seiten wird über den Geburtenrückgang geklagt. Man will nicht wissen, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Ehe zu einer wirtschaftlichen Frage umwandelt und vielen Schichten ein Zwangsölbat auferlegt. Die Herren fragen nur nach der Lösung, die Verheirateten zu entlassen und jüngere billigere Kräfte einzustellen. (Beif.) In den Regierungsbetrieben werden die Arbeiterlöhne so niedrig gehalten, daß die Arbeiter nicht zur Bezahlung höherer Löhne gezwungen werden, deshalb bevorzugt man bei Kanalbauten Galtier und Russen, damit die deutschen Arbeiter der wohlwollenden Fürsorge der Kaiserin nicht entzogen werden. Schutz der nationalen Arbeit heißt bei Ihnen

Schutz des Geldbeitels der Konservativen.

(Lebhaftes Zustimmung links.) Wenn die Arbeiterorganisationen die Löhne steigern wollen, schickt man Maschinenengenieure gegen sie aus. Die Mecklenburg-Schwermer Eisenbahndirektion erkundigte sich nach den Landarbeiterlöhnen des Gebiets, damit sie nur ja nicht durch höhere Löhne das Mistgallen der Junker errege. Für das Germanische Museum wurde ein wissenschaftlicher Aufsatz mit abgeschlossener Universitätsbildung in Kunstgeschichte gegen hunderte Mark monatlich verlangt. Für dieses Museum gibt das Reich jährlich 20.000 bis 40.000 Mark. (Dort, hört! bei den Soz.) Der Bildungsrat Kolbe hat gemerkt, daß die Marineingenieure aus mündigen Stande genommen werden, als die Geodiziere. Auch für die Reichsregierung gilt das Wort: „Wer knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Der Regierung kommt es nur darauf an, daß die Hände des Vaters eines Beamten nicht durch ethische Arbeit geschändet sind, eher kam er Bordell-Be-lüger sein.

Alle eheliche Arbeit wird hochmütig vernichtet.

Sich will nicht für den sozialpolitischen Stillstand den Staatssekretär allein als Sündenbock schlichten (Große Beifall), die Parität und trifft die bürgerlichen Parteien, die die Regierung nicht gegen den schmerzhaften Einfluss härten. Die Reichsstaatsbehörde auf Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Binnenindustrie, Hausindustrie, den Wäsch- und Kattankäten, gegen die Nachtarbeit in Bäckereien und die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe sind unerfüllt geblieben. Zeitungsnotwendig ist größerer Schutz für die Arbeiter der Großindustrie und die Schaffung eines Reichsberggesetzes, das der Staatssekretär trotz der Erkenntnis seiner Notwendigkeit ablehnen muß, weil der preussische Ministerpräsident es so will. (Dort, hört! b. d. Soz.)

Das ist überhaupt das Verwerfliche der ganzen Reichspolitik: Nicht was das Reichsinteresse erfordert, nicht was der Reichstag in seiner Mehrheit verlangt von der Regierung, ist für sie maßgebend, entscheidend und maßgebend ist einzig und allein der Wille Breuners. (Sehr richtig! bei den Soz.) Da in der preussischen Regierung das Junkertum in Reinkultur vertreten ist, ist auch für die Reichsregierung maßgebend der

Wille des preussischen Junkertums.

Sich glaube nicht, daß jemals seit Gründung des Reiches eine Regierung in so beschämender Abhängigkeit von Breunen war, wie die gegenwärtige Reichsregierung. (Lebhaft. Zustimmung bei den Soz.) Fast als Reichsbeileiter muß die Reichsregierung vor Breunen erscheinen und das eht hinunter bis auf solche Bagatellen, wie die Einbürgerung einheitlicher Wahlurnen für die Reichstagswahlen. Die Reichsregierung würde wohl gern diesem unehelichen Wunsch des Reichstags nachkommen, aber der preussische Polizeiminister erlaubt es nicht. Er ist besorgt um die Wahlsachen der Konservativen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichstag hat ja förmliche Petitionen bei Herrn v. Taschitz machen müssen, er möge doch seinen grundsätzlichen Widerspruch aufgeben, da ja jetzt auch die Konservativen sich an der Rundgebung für die Einführung solcher Wahlurnen beteiligen (Dort, hört!) Die Reichsregierung könne eine völlige Ablehnung gegenüber der Rundgebung des Reichstags nicht gut vornehmen. Er, Teodorich, habe ganz im Sinne des preussischen Ministers die Schwierigkeiten dargelegt; aber da das geheime Wahlrecht nun einmal bestehe, müsse doch auch alles geschehen, um eine Verletzung des Wahlgeheimnisses zu verhindern. Der Staatssekretär hat also im Reichstage nach dem Votum des preussischen Polizeiministers, vielleicht sogar gegen seine eigene bessere Überzeugung polemisiert und argumentiert. (Dort, hört!) Ist das nicht eine für das Reich

geradezu beschämende Tatsache?

(Sehr wahr! bei den Soz.) Auch der Reichskanzler, der ja zufällig auch preussischer Ministerpräsident ist, muß auf den Willen des preussischen Kanakrebellens Rücksicht nehmen. Im Jahre 1910 soll eine preussische Ministerialkommission im Hinblick auf den damaligen Widerstand der konservativen Partei die Beschlußfassung über diese Angelegenheit vertagt haben (Dort, hört!), und der Reichskanzler drückt sein Bedauern aus, daß er jetzt nicht in der Lage ist, seine Zusage dem Reichstage gegenüber noch in dieser Sitzung des Reichstags einlösen zu können. (Dort, hört!) Also das ist das Verhältnis der Reichsregierung zur preussischen Regierung, so groß ist ihre Unabängigkeit. Der Reichskanzler gibt dem Reichstage beruhigende Zusicherungen, und als preussischer Ministerpräsident muß er in Hinblick auf den Widerstand der konservativen Partei sein Wort unerfüllt lassen. Dann stellt sich der Reichskanzler hier stolz hin und erklärt: Meine Regierung steht über den Parteien. (Große Beifall.) Von keiner Partei, von niemandem empfangt ich Instruktionen, ja, Instruktionen empfangt er nicht, aber

Innrend muß er tun, was die preussischen Junker wollen

und Innrend muß er unterlassen, was sie nicht wollen. (Lebhaft. Zustimmung b. d. Soz.) Der preussische Minister des Innern wird förmlich beschoren, nachzugeben, wenn nicht in Reichstags eine politische bedeutende Stimmung erzeugt werden soll. Aber solche unwürdige Abhängigkeit der Reichsregierung vor der preussischen Staatsregierung. Die Situation sei heute eine ähnliche wie vor zehn Jahren bei Einführung der Wahlschlüsse und Wahlscheine. Im Reichstag des Innern scheint man die preussischen Landräte à la Salem und die preussischen Wahlkommissionen à la Schwab ziemlich genau zu kennen und zu wissen, daß sie auf preussische Regierungserlasse pfeifen, wenn sie nicht den Interessen der konservativen Partei entsprechen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist die Erklärung der Tatsache, daß seit 10 und 20 Jahren der Reichstag immer wieder beschoren wird gegen die schändlichen Wahlbeeinflussungen der preussischen Wahlkommissionen und daß jeder preussische Landrat, der sich nicht für die Ehre der Ehre und der Ehre des Reichstags, der es bis zur Stunde noch nicht durchgehen konnte, daß die preussischen Landräte politische Willkür herrschen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der preussische

Volkeinstimmlich meint, die einheitlichen Wahlen würden große politische Schwierigkeiten zur Folge haben. Meint der preussische Minister vielleicht, es würde dann eine große Schwierigkeit bestehen...

Wahlen zu fälschen?

(Sehr gut! b. d. Soz.) Zum Schluss wurde der preussische Minister darauf aufmerksam gemacht, er möge doch sehr, und nicht erst am Schluss der Legislaturperiode, der Reichsregierung dieses Entgegenkommen an den Reichstag ermöglichen. Jetzt würde die Angelegenheit lediglich als technische Verbesserung des Verfahrens angesehen vor den Wahlen aber würde der Eindruck entstehen, als ob die Regierung sich ihr Entgegenkommen habe abringen lassen. (Hört, hört! links.) Die Regierung Weismann-Goltzow lässt sich doch nicht abringen? (Weiter! links.) Dieser Eindruck, so wurde gesagt, würde agitatorisch nur zu dem Nachteil der Rechten ausfallen. (Sauter hört, hört! - Rufe links.) Auch hier also das heisse Bemühen, ja die Wahlaufrichtigkeit der Konservativen nicht zu gefährden. (Sehr wahr! links.) Ob die preussische Regierung gegenüber solchen Tönen hart bleiben kann, weiß ich nicht. Sie wird wohl jetzt nachgeben und der Reichstag wird als Kennzeichen liberaler Ideen in der Regierung das Budgetergebnis der Wahlen bekommen. (Weiter! links.) Aber ganz sicher bin ich meiner Sache doch nicht, denn es sollen vor kurzem erst Anweisungen an die Kommissare ergangen sein, dass sie alle Vorlagen des Reiches erst der preussischen Regierung zur Begutachtung vorlegen und nicht vorher ihre Meinungen austauschen und festlegen, damit die Beratungen vom Geiste der Kollegialität und dem Bestreben geleitet seien, die unbedingte Einheitlichkeit in der Politik des Reiches und Preußens zu fördern. (Hört, hört! links.) Mit meinem beschränkten Untertanenverstand vermag ich eigentlich nicht einzusehen, wie durch vorherige Besprechung der Reichskommissare der Geist der Kollegialität leiden soll; aber wahrscheinlich hat man damit trübe Erfahrungen gemacht und es ist zu Kraftproben gekommen, die die Abhängigkeit der Reichspolitik von der preussischen Regierung in Frage stellen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Diese Nachweisung sollte zeigen, wie auf dem Gebiet der Sozialreform die Reichsregierung vom preussischen Polizeiminister abhängig ist. Der Staatssekretär meint, die Staatsarbeiter unterliegen nicht der Gewerbeordnung. Das er Juristen dabei auf seiner Seite hat, will ich gern anerkennen, Juristen können stets aus einem Gesetz das Gegen teil dessen herausinterpretieren, was der Gesetzgeber hat hienieden wollen, und das Reichsgericht ist ja von jeher nur das Instrument gewesen, um der

Regierung die juristischen Gründe für ihre Politik zu liefern.

In derselben Weise wie Krupp und Stumm den Arbeitern ihre staatsbürgerlichen Rechte jahrgewaltig genommen haben, tut es jetzt auch der Staat. Auch die Führer der katholischen Arbeiter müssen dagegen aufstehen. (Lebh. Zustimmung. b. d. Soz.) Statt dessen jubeln die Zentrumskredner und Arbeitersekretäre dem Minister noch zu, weil er den Terrorismus der freien Gewerkschaften angreift. Gewiss kommen solche Fälle vor, und ich bedauere sie im Interesse der Arbeiter, deren Kräfte nicht gesplittert, sondern zum Kampf gegen die gemeinsamen Feinde zusammengeführt werden müssten. (Lebh. Zustimmung. b. d. Soz.) Sind Sie denn aber frei von Schuld? Wissen Sie denn nicht, daß die Kämpfe um die Organisationsform von jeher in der schillerndsten Weise ausgefochten worden sind? Um die Frage, ob beim Abendmahl Hostie und Wein den Leib und das Blut Christi bedeuten, oder es wirklich sind, ist viel mehr Blut geflossen, als um die Frage, ob der liebe Herrgott im Himmel ist oder nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie proklamieren den Grundsatz, kein Sozialdemokrat darf in Staatsbetrieben beschäftigt werden, jeder Arbeitgeber hat das Recht, sozialdemokratische Arbeiter ihrer Verwendung wegen aus die Straße zu werfen. Sie jubeln dem Minister zu, wenn er

Christliche Arbeiter zwingt, Reberje zu unterschreiben.

die ungezwungen nur ein Christos unterzeichnet. (Lebhafte Zustimmung! bei den Soz.) Und wenn die Arbeiter stark genug geworden sind, gleiches mit gleichem zu vergelten, dann klagen Sie über Terrorismus. Ihnen wie der Regierung und allen bürgerlichen Parteien fehlt jedes sittliche Recht, über den Terrorismus zu klagen. (Lebh. Zustimmung. bei den Soz.) Aber die christlichen Arbeiterführer sind ja tatsächlich in einer ungewöhnlichen Situation (Weiter! links und sehr richtig! bei den Soz.) Bei der Interpretation der päpstlichen Enzyklika durch die deutschen Bischöfe fällt mir die Anekdote von dem Mädchen ein, das traurig weinend in der Kirche zurückblieb, weil sie wegen ihrer sündhaften Liebe keine Absolution empfing. Ein Kapuzinerpater, dem sie auf seine Frage schluchzend ihr Leid klagte, riefste sie mit den Worten: „Mein Madel, was verhältst denn doch ein Jesuit von der Lieb?“ (Große Heiterkeit.) So klagen sich auch die Bischöfe: Was verhalten denn die spanischen und römischen Zeloten im Laitan von den Wegen der deutschen Zentrumspolitik; wären wir so dumm, diese Enzyklika im Wortlaut anzuwenden, so würden wir das Zentrum sprengen, Tausende von katholischen Arbeitern würden vom Zentrum abfallen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die christliche Gewerkschaftsbewegung soll verschwinden, das ist der Sinn der Enzyklika. Warum will denn der Papst nur den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter, um die

Sehung ihrer Klassenlage unterbinden?

Die katholischen Arbeiter müssen sich doch fragen: Warum ist nur unser Seelenheil gefährdet, wenn wir uns mit unseren Klassenangehörigen zur Sehung unserer Lage zusammenschließen, warum nicht auch das der Unternehmer, wenn sie sich mit Protestanten, Juden, Wischisten und sogar mit Freimaurern (Gr. Str.) gegen die Arbeiter verbinden. Würde der Papst sich unterfangen, den Unternehmern solche Zusammenkünfte zu stellen wie den Arbeitern, so würde der Staatssekretär sich sehr energisch eine solche Einmischung von außen verbitten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Aber in solche Lage wird er nicht kommen, denn das Kapital hat es zu allen Zeiten mit den Mächtigen gehalten, und wenn der Sozialismus einmal die Welt erobert hat, so wird das Kapital sich auch zum Sozialismus bekennen. (Weiter! links und sehr richtig! b. d. Soz.) Wir begrüßen die Enzyklika, weil sie eine Klärung zwischen der Kapitalistenklasse und den Arbeitern gebracht hat. Sie zeigt, daß die katholische Kirche es mit den Unternehmern hält. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir betauern diese Stellungnahme. Wir haben aber sozial Vertrauen in die Botschaft unserer Gedanken, daß wir eine Konfession der christlichen Gewerkschaften nicht fürchten. Wir wissen auch, daß die Enttäuschungen und Schwächen aus den anderen Organisationen zu uns kommen werden. Wenn dieser Tag gekommen sein wird, dann werden wir auch die Regierung zwingen können, eine wirkliche Sozialreform einzuführen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Feiler: Der Abg. Führer hat sich auf ein Schriftstück gestützt, in dem ich mich an den preussischen Minister gewandt habe. Er hat dadurch Material benutzt, das er nur durch einen groben Vertrauensbruch erlangen haben kann. (Hört, hört! rechts, Sachen und Unruhe b. d. Soz.) Ich vernehme mich dagegen, daß derart gewonnenes Material gegen die Regierung verwendet wird. Das entspricht nicht der Ordnung, die wir hier gegenseitig haben und haben müssen. (Beifall rechts, Unruhe b. d. Soz.)

Abg. Führer - Berlin (Soz. persönlich): Ich habe nur eines zu erklären: der Vorwurf des Vertrauensbruchs trifft mich nicht. Ich weiß nicht, von wem ich das Material habe, ich habe auch nichts dazu getan, es zu bekommen. Aber darin unterscheidet sich mich vom Staatssekretär, der sich hier gegen das Ministerium wehrt, angeblich nicht einwandfrei gewonnenes Material verwendet hat, daß ich ihm Recht geben würde, wenn

Spiegel zu besolden.

die uns sogar in unseren eigenen Geschäftskreisen beipfehlen. Nicht nur haben einen Mißbrauch beanagt, wenn von dort eine solche nichtwürdige Praxis geübt wird. Eine Regierung, die nichts dagegen einzuwenden hat, daß die Steuererhöhen des Volkes für derartige Zwecke verwendet werden, wird es mir wohl nicht übel nehmen dürfen, wenn ich auf ihre heutige Verwahrung nicht allzuviel Wert lege. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Rumpf: Sie dürfen gegen die Regierung nicht den Vorwurf erheben, daß sie eine nichtwürdige Praxis betreibt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (kurze Anfragen, Weiterberatung). Schluß 6 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhause.

110. Sitzung, Montag, 13. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Im Ministerialrat: v. Dallwig, Lenke, Sydow, v. Breitenbach, Weser, v. Trost, Schorlemer.

Die erste Lesung des Etats.

Abg. Freiherr v. Reblitz (Freisinn): Wir vertragen darauf, daß eine vom Reichstag erlassene beschlossene Aufhebung des Jesuitengesetzes an Preußens Einfluß im Bundesrat scheitern wird. Zustimmung b. d. Freisinn. und National. - Unruhe im Zentrum. Die Protestanten leben im Jesuitenorden den Tod in ihres Glaubens und das auf Grund seiner ganzen Geschichte. Die Wiederzulassung der Jesuiten wäre für uns Evangelische eine Kampfanzeige. - Wir wären dafür, daß alle verheirateten Unterbeamten Steuerzuschläge erhalten, das würde die Zufriedenheit steigern. die Jugendpflege muß ergänzt werden durch die obligatorische Fortbildungsschule. In die Dinnat müssen als Anreize zuverlässige Deutsche geschickt werden. Die Verschärfung des Verantwortungsrechtes ist bloße Berechtigung gegenüber unsern Arbeitern, die durch den Deklarationszwang für die Untertanen mit jedem Biennium zur Steuer herangezogen werden. Die Zuschläge müssen bewilligt, d. h. ihre Erhebung soll abhängen von der Bewilligung des Hauses bei jedem Etat. - Wir müssen die vaterlandstreuen Kräfte gegen die Sozialdemokratie, diese Krankheit, die aber den Kern des Volkes noch nicht erfaßt hat, ausbilden; die Niederrung der Sozialdemokratie wird mit den Hoffnungen des Auslandes auf diese auch keine Angriffsstufe vermindern und damit den Frieden sichern. Dazu gehört allerdings auch, daß im Volk der kriegerische Geist der Vorjahre lebendig bleibt, daß das Ausland mit dem favor teutonico rechnen muß, wenn es mit uns anbanden will. (Beifall rechts u. b. d. Mitt.) Wenn ein gelegentliches Verbot der gewerkschaftlich-gewerkschaftlichen Volkshilfe auch nicht möglich zu sein scheint, so sollte die Regierung doch Gegenüberstellungen der gewerkschaftlichen Arbeitervereine fördern. Überhaupt am besten ein Reichsmonopol für Volksversicherungen schaffen. Gegenüber den demokratischen Einflüssen muß die Eigenart Preußens fest und unverändert erhalten bleiben. Wir brauchen ein zum gelinden Ausgleich zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Interessen dienendes Wahlrecht. Damit wird Preußen auch dem Reiche dienen. (Lebh. Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. Lenke

antwortet auf verschiedene Bemerkungen der Redner in der bisherigen Debatte, wobei er zum Eisenbahnetat sagt, daß die Eisenbahnverwaltung auch ohne Sonderbewilligung des Finanzministeriums ihren Etat überreichen dürfte und auch sonstige Fonds dafür bestünde. - Wenn Steuerzuschläge auch nur provisorisch verliehen werden, so zeigt die Praxis, daß solche Zuschläge nie wieder aufgehoben werden, weil sonst die Empfänger wirtschaftlich geschädigt würden. Für eine derartige einschneidende Maßnahme haben wir die Mittel noch nicht. Hier müßten Reich und Gemeinden dem Staat folgen und die Mittel selbst liberal. Wir können nicht an eine Verkürzung des Besoldungsgesetzes herantreten, denn sonst kommen von allen Seiten Wünsche und das ganze Gebäude stürzt zusammen. Den Unterstützungsfonds haben wir ja erhöht. Widerspruch muß ich der Behauptung, daß die Staatsregierung den Beschläffen des Hauses über die Unterstützung von Altpensionaren nicht nachgekommen wäre. Alle unterstützungsberechtigten Altpensionare werden auch ohne Antrag unterstützt. Wir wissen überhaupt, auch bei der Frage der Zuschläge, nicht nur auf Verschlechterungen der Wirtschaftslage Rücksicht nehmen, sondern auch auf andere bedeutsame Ausgaben, wie die Entlastung der Kommunen u. Die Steuerkommission aber hat von den 25 Millionen, die die schärfere Veranlagung bringen soll, 10 Millionen gestrichelt. Die Streichung der Zuschläge würde nicht im Interesse des Staates liegen.

Landwirtschaftsminister Dr. Fehr. v. Schorlemer

kennt, gegenüber dem Abgeordneten von Jedig, daß die Veranlagung der Fleischsteuer mit ein Jurd der inneren Kolonisation sei, deren Haupt- und Gehül die Anwesen von Bauern und ländlichen Arbeitern, in den national gefährdeten Provinzen vor allem, sei. Der Vorwurf der Schwäche kann uns nicht irremachen, wir haben nicht den starken Mann zu spielen, sondern wir würden unverantwortlich handeln, wenn wir nicht auch den Wert und die Wirkung unserer Maßnahmen prüfen und danach den Zeitpunkt ihrer Anwendung (genauer ist die vom Abgeordneten von Jedig geforderte weitere Polenenteignung, Num. d. Ver.) bestimmen würden.

Eisenbahnminister v. Breitenbach

recherchiert die außerordentliche Stärkung des Ausgleichsfonds mit Mindererträgen, Tarifermäßigungen, Sommerhöhen und um. Wir könnten leicht durch stärkere Heranziehung des Personals Millionen sparen, aber die Arbeitszeit wird von Jahr zu Jahr herabgesetzt. Der Minister spricht dann von Wahnauten und vom Wagnis. Die heftigen Innereien im Reichstag nehmen ich nicht tragisch, denn der betreffende Redner hatte unsere Zahlen nicht angesehen. Weitere Eisenbahngemeinschaften haben ihre Schwierigkeiten, aber bei gemeinsamen Angelegenheiten aller deutschen Eisenbahnen wollen wir mit den anderen Verwaltungen auch weiter Führung nehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Schda (Vole)

stimmt den Ausführungen des Grafen Bismarck über die Jesuiten zu, protestiert gegen die gleichwärtige Nachberegung des Erziehergesetzes und Polen und gegen die Zurückdrängung der polnischen Sprache im Reichsdienst. Zu dem Antrag gegen die Deutschen sind die Polen durch die Gewalt der Enteignung getrieben worden und ihr Muter ist der 190. vom Präsidenten der Anordnungs-Kommission und dem Kaiserlichen Regierungspräsidenten angeforderte Votum gegen die Polen. Wir hoffen, daß diese Massentreibung die Enteignung wider wettmachen wird. So wir nicht das Vertrauen haben, daß die Regierung die Staatsgelder im Sinne der Reichsanstalt, der Königsverordnungen und der Gesetze verwenden wird, lehnen wir den Etat ab. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. Wiemer (Sp.):

Unschädelig zeigt sich, wie viel besser die Staatsfinanzen liegen, als der Etat ankunigt. Man speichert enorme Summen auf und ruft dabei noch nach neuen Steuern. Die Zuschläge können ruhig abgezogen werden. Bei den Berliner Musterbauten hat man Staatsgelder vertrieben bei Auftragsarbeiten und gewahrt. Man sollte die Grundlagen zur Entscheidung dieser Sache rechtzeitig veröffentlichen. Das Ziel der Anordnungs-

billigen wir, aber ob die Mittel die geeigneten sind, ist eine Frage für sich; sie scheinen uns die deutschen Interessen eher zu schädigen. Der polnische Votum schlägt dem deutschen Mittelstand die schwersten Wunden. Wir verwerfen jeden Bestimmungsvorbehalt und wollen staatsbürgerliche Gleichberechtigung. (Beifall links.) Das Übergewicht des Großgrundbesitzes ist der Allgemeinheit schädlich, wir begrüßen deshalb die innere Kolonisation und die Erbschaftsmakung der ländlichen Arbeiter. Wir fordern eine Verbesserung ihrer Rechte und der Sozialgesetzgebung für sie. Wir haben speziell gegen die schlechten Landkreditanstalten protestiert. Für die weitere Million zur Jugendpflege stimmen wir, müssen uns aber ein abschließendes Urteil vorbehalten. Jede Verordnung konfessioneller Vereinigungen verwerfen wir. - Die Diakonie des Grafen Praschna beweist, daß er mit Erfolg Jesuiten-schüler war (Weiter! links), der Minister hätte energischer antworten müssen. Wir fordern Gleichberechtigung aller Konfessionen, aber die Vorherrschaft des Staates. Es gab Zeiten, wo das Zentrum mehr demokratisch als konservativ war (Widerpruch im Zentrum) In Dresden hat Herr v. Heydebrand erklärt, daß die Konservativen nicht für die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen können. Wird das Zentrum da wieder abkommandieren? (Abg. Hofmann: Das werden die schon machen.)

Der Redner bedauert, daß in dieser Session keine Wahlreform gemacht wurde und meint, es könnte immer noch ein Nolesey für direkte und geheime Wahl gemacht werden. (Weiter! links rechts) Es ist gar keine Rede davon, daß die es die Größe des Geldbeitrags berücksichtigende Wahlrecht den Mittelstand zum Schiedsrichter zwischen Reich und Arm erniege, wie Abg. von Jedig behauptet. Die Regierung will erst eine neue Vorlage bringen - unter dem öffentlichen Wahlrecht leidet der Mittelstand am meisten! - wenn sich die großen Parteien über ihre Grundzüge geeinigt haben. Das heißt, die Entscheidung demn überlassen, die gar keine Reform wollen. Mit der Verwaltungsreform scheint man vor den Wahlen ja gar nicht mehr herauskommen zu wollen. Das unfruchtbare Ministerium müßte richtiger heißen: „Ministerium des inneren Stillstands!“ (Sehr gut! links.)

Dem Dekretionsrat von 1913 ist eine Aera liberaler Reformen, der Bauernbefreiung und Selbstverwaltung vorausgegangen. Daran erinnere ich! Auch heute sind solche Reformen im Staatsinteresse unerlässlich. (Lebh. Beifall b. d. Sp.)

Minister des Innern von Dallwig:

Die Inneministerkommission ist zu abrichtenden Ergebnissen gelangt in Bezug auf die Generalkommissionen, die Schulverwaltung, das Rechtsmittelverfahren gegen Polizeibeamtungen und das Verwaltungsstreitverfahren. Eine entsprechende Vorlage ist in Vorbereitung. Die Quartalsrechnung und das Überschneidungs-Kontingenzgesetz liegen dem Hause vor und zahlreiche Vereinfachungen sind im Verwaltungswege verfaßt worden, nachdem sie von der Inneministerkommission gebilligt waren.

Hundert Güterbezirke sind im Lauf der letzten Jahre aufgelöst worden. Die Gründe, warum die Staatsregierung eine neue Wahlrechtsvorlage nicht gemacht hat, habe ich schon oft genug dargelegt. Die Ablehnung aller Wahlrechtsanträge aus dem Hause zeigt, daß eine neue Initiative der Regierung keine Aussicht gehabt hätte. (Lachen links.) Das vom Abg. Wiemer verlangte Notgesetz wäre keine organische Einrichtung, welche den Intentionen der Staatsregierung und der Bedeutung des Gegenstands nicht entsprechen. Es müßte auch ein solches Notgesetz das materielle Stimmrecht unangetastet lassen können, und ein solches Gesetz kann nicht knapp vor Zerschlagung entzogen werden.

Die Angriffe auf die Regierung wegen ihrer Nichtbeteiligung an der Beratung des Wahlrechtsantrages Kronprinz (W.) werde ich zurück. Die Regierung beteiligt sich meistens nicht an der Verhandlung von Antragvorwürfen, hier war es unannehmbar nötig, als sie so oft übrigens schon Reichs Willen - die im Antrag geforderte Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als undiskutabel bezeichnet hat.

Der Minister polemisiert dann gegen den Abg. Dr. Seyda und schließlich unter dem Beifall der Rechten mit einem Hinweis auf die von ihm beurteilte antideutsche Polenagitation. Er ruft nach Verlesungen aus deutschen öffentlichen Meinungen den Polen zu, daß sie die Verantwortung für die Boykottaktionen nicht von sich auf andere abzumägen imstande sein werden.

Das Haus vertagt sich. Dienstag, 14. Januar, vormittags 10 Uhr: Weiterberatung, Schluß 4 Uhr.

Heutegehnen der händischen Markt-Notierungskommission.

Table with 4 columns: Gattung, Menge, Preis, and other details. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, etc.

Preussischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht über den Heumarkt am 13. Januar 1913.

Der Auftrieb betrug: 82 Rinder, 1673 Schafe, 513 Ähler, 245 Schweine. Überhand vom vorigen Marke waren: 11 Rinder, 6 Schafe, - Ähler, 13 Schweine.

Table with 4 columns: Gattung, Gewicht, Preis, and other details. Includes items like Rindfleisch, Kalbfleisch, etc.